

EXIT Sterbehilfe im Kapitalismus	5
VENEZUELA Imperialismus pur	11
KRIEG DEM KRIEG Sozialistische Frauenkonferenz 1915	12
RÜSTUNGSIDUSTRIE Feind im eigenen Land	14



MILITARISIERUNG

Gesundheitswesen unter Beschuss

In Zeiten von Krieg und Aufrüstung gerät auch das Gesundheitswesen ins Fadenkreuz der Herrschenden. Es ist aktuell zweierlei Attacken ausgesetzt: Einerseits ist es vermehrt militärisches Ziel in den laufenden Kriegen und andererseits soll das Gesundheitswesen hier kriegstüchtig gemacht werden.

(agfk) Gegenwärtig lässt sich beobachten, wie Gesundheitsinfrastruktur und Gesundheitsarbeiter_innen zunehmend zu militärischen Angriffszielen werden. Obwohl Krankenhäuser und medizinisches Personal im Krieg unter besonderem Schutz stehen, beobachten wir in Libanon, Myanmar, Sudan, Ukraine und Palästina wenig Rücksichtnahme auf dieses völkerrechtliche Prinzip. Medico International spricht von einem Anstieg der Angriffe aufs Gesundheitswesen um 62% seit 2022. Aktuellstes Beispiel ist Aleppo, dort wurde das Krankenhaus von der syrischen Übergangsregierung explizit als Ziel markiert und angegriffen.

Das Wissenschaftsjournal The Lancet sprach bereits 2016 von «weaponisation of health care». Auf Deutsch heisst das so viel wie die gezielte Zerstörung der Gesundheitsversorgung als Waffe gegen die Zivilbevölkerung. Es ist also längst kein Kollateralschaden mehr, wenn im Krieg Gesundheitsinfrastruktur zerstört wird. Die Rechtferti-

gung für diesen «Tabubruch» ist einfach: Der seit 2001 von den USA ausgerufenen «war on terror» lässt die Linie zwischen Kombattant_innen und Zivilist_innen bewusst mehr und mehr verschwinden. Die Grenzen des Sagbaren (und Machbaren) haben sich in den letzten Jahren so drastisch verschoben, dass heute ein Teil der Herrschenden gänzlich auf Heucheleien wie «Menschenrechte und Völkerrecht» verzichtet. Bisher war es immer Teil der imperialistischen Kriege, sie als «gerechte Sache» zu verkleiden: «Gegen Iraks Massenvernichtungswaffen», «für die Entnazifizierung der Ukraine», «für die Durchsetzung von Frauenrechten» oder schlicht «zur Verteidigung westlicher demokratischer Werte».

Besonders brutales Beispiel für die Angriffe auf das Gesundheitssystem ist die Situation in Gaza. Bereits am 17. Oktober 2023 wurde dort das erste Krankenhaus bombardiert. Damals bestritt Israel den Angriff und sprach von einer fehlgeleiteten Rakete der Gegenseite. Im Kriegsverlauf wurde jedoch schnell klar, dass die systematische Zerstörung der Krankenhäuser bewusster Plan war. Dies zeigt unter anderem die Tatsache, dass die Wahrscheinlichkeit getötet zu werden für medizinisches Personal in Gaza höher ausfiel als für andere Zivilist_innen. Im Januar 2024 waren 84% der Gesundheitseinrichtungen in Gaza beschädigt oder zerstört. Über 1800 Gesundheitsarbei-

ter_innen wurden getötet, viele ohne Anklage inhaftiert, zwei bekannte Ärzte sind nachweislich in Haft gestorben, und es gibt unzählige Berichte über Folter und Misshandlungen in den Knästen. Aus all diesen Gründen sprechen UN-Expert_innen von einem «Medizid» in Gaza.

Zeitenwende auch im Gesundheitswesen

Parallel zu den genannten Kriegen geht es in den imperialistischen Zentren des Westens aktuell auch darum, die Gesellschaft kriegsbereit zu machen. Das ist das erklärte Ziel der politischen Elite. Denn Kriege sind heute ohne die massive Verschiebung von Ressourcen aus dem zivilen Gesundheitswesen nicht möglich – muss doch jemand all die Soldaten zusammenflicken, die dann wieder auf das Schlachtfeld entsandt werden. Ed Arnold, britischer Militärexperte gestand kürzlich offen ein: «Es ist nicht unvernünftig, Hunderte Verwundete pro Tag in Phasen schwerer Kämpfe zu erwarten (...). Das wird verlangen, Ressourcen von jenen abzuziehen, die sie am dringendsten brauchen, um weniger schwer verletzte Soldaten zu behandeln.» Auch in der Schweiz scheint das klar: Eine Motion, eingereicht im Januar 2025 von der Sicherheitspolitischen Kommission des Ständerats, sagt unmissver-

Fortsetzung auf Seite 6

Inhalt

- 3 Imperialismus: Herr und Knecht
West-Sahara: Frauenkampf in der West-Sahara
- 4 Stadtentwicklung: «Stadt-reparatur» für wen?
Kurdistan: Rojava am Scheideweg
- 5 Exit: Sterbehilfe im Kapitalismus - Teil 1
- 7 Interview: «Das Gesundheitswesen muss friedens-tüchtig werden und nicht kriegstüchtig»
- 8 ASS: Wie die Schweiz für den Krieg vorbereitet wird
- 9 Im Bild: Militante Bäuer_innen
Indien: Kampf dem Imperialismus! Kampf dem Patriarchat!
- 10 Analyse: Lehrstücke aus Lateinamerika
- 11 Venezuela: Por ahora! Wir kommen wieder
- 12 Historisches Bewusstsein: Was die feministische Bewegung von Luxemburg und Zetkin lernen kann
- 13 Aufrüstung: Kampf um die Köpfe
- 14 Schweizer Waffen: Die Waffenindustrie als Feind im eigenen Land erkennen
- 15 Buchtipps: «Um jeden Preis», «Mit Männern leben» und «Capitalism and Sport»
- 16 Kunst: Schlagt die Weissen mit dem roten Keil

POLITISCHE GEFANGENE

Free Maja and all antifas

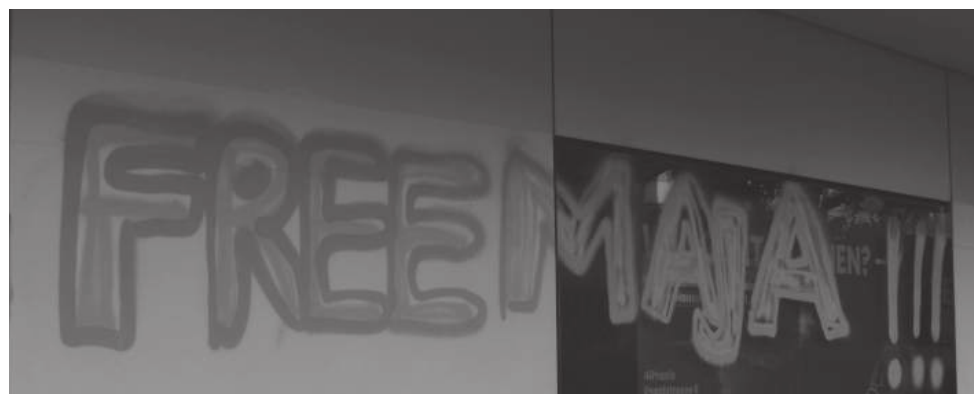
In Solidarität mit der Antifaschist:in Maja haben wir beim Honorarkonsul der Bundesrepublik Deutschland in Zürich den Eingang eingeschlagen. Nach der rechtswidrigen Auslieferung von Deutschland nach Ungarn befindet sich Maja nun seit dem 5. Juni 2025 im Hungerstreik. Dies um gegen die unmenschlichen Haftbedingungen im Knast zu kämpfen und gegen die drohende Auslieferung weitere im Budapestkomplex angeklagter Antifaschist:innen zu protestieren.

Der Hungerstreik ist ein Mittel, welches bei Revolutionär:innen in Haft Tradition hat, um Haftbedingungen zu verbessern und um einen selbstbestimmten Kampf im Knast zu führen. Wir haben grossen Respekt vor allen Kämpfer:innen die diese kraftvolle Entscheidung treffen.

Die Angriffe auf Frauen und Queers beschränken sich nicht nur auf Ungarn und Deutschland, sondern sind weltweit Ausdruck eines reaktionären Klimas welches in der kapitalistischen Krise aufkommt. Das macht den militanten antifaschistischen Kampf zur Notwendigkeit. Wir solidarisieren uns mit Maja und allen angeklagten Antifaschist:innen. Von Ungarn nach Zürich in die Welt.

Liebe und Kraft in Untergrund und Haft. Wir stehen mit euch.

Gefunden auf www.barrikade.info/article/7054



Solidarität ist unsere Waffe

Rote Hilfe Schweiz ★ rotehilfesch.noblogs.org



Am Rande der Anti-WEF-Demo in Zürich vom 21.01.2026

Editorial

Der «aufbau» beleuchtet jeweils in der März/April Ausgabe schwerpunktmässig frauen- und queerspezifische Themen, etwa aktuell, dass die Militarisierung auch vor dem Gesundheitsbereich nicht Halt macht und es sich lohnt, die Rüstungsindustrie aus feministischer Sicht zu betrachten.

Der Zeitpunkt des Schwerpunkts ist mit Verweis auf den 8. März bewusst gewählt. Die Bezeichnung des 1911 erstmals durchgeführten Internationalen Frauenkampftages war damals naheliegend. Heute lanciert, würde er wohl anders heissen: Er hat sich zu einem Kampftag verändert, an dem nun FLINTA_s inhaltlich unterschiedlich, doch gemeinsam in der Aktion den öffentlichen Raum nutzen. In bürgerlichen, inkl. sozialdemokratischen Kreisen wird hingegen nur noch vom Internationalen «Frauentag» gesprochen. Der Kampf ist bezeichnenderweise weggefallen. Es spielt eben auch proletarisches Klassenbewusstsein eine Rolle, ob tatsächlich gekämpft oder nur gelabert wird. Wikipedia informiert, dass der 8. März in 28 Ländern oder Regionen ein gesetzlicher Feiertag ist - wobei nicht steht, ob auch die unbezahlte Reproduktionsarbeit wegfällt. Wir sind hiervon weit entfernt. Nebst dem 25. November gibt es mit dem Streiktag vom 14. Juni ein weiterer Anknüpfungspunkt für fortschrittliche feministische und frauenspezifische proletarische Kämpfe, nachdem die bürgerlichen und reformistischen Kreise sich von der Organisation zurückgezogen haben. Verhältnisse sind immer in Bewegung, sei es 1911 oder 2026 und Missstände kontinuierlich angreifbar, auf der Strasse, in Betrieben und mit inhaltlichen Beiträgen wie in dieser Ausgabe.

Für neue Leserinnen und Leser:

Der aufbau ist die dreimonatlich erscheinende Zeitung des Revolutionären Aufbaus Schweiz. Sie schafft Öffentlichkeit für soziale Bewegungen, gibt Orientierung gegen die herrschenden Ideologien, ist internationalistisch und berichtet parteiisch aus den Bereichen Widerstand, Arbeitskämpfe, Frauenkampf, Migration, Antifaschismus, proletarischer Internationalismus, politische Gefangene, Aufstandsbekämpfung und Rote Hilfe.

Der aufbau will zu einer Stärkung linker Antworten beitragen auf die Widersprüche des gegenwärtigen Kapitalismus, auf weltweit wachsende Klassenwidersprüche, auf menschenfeindliche neoliberale Ideologie, auf die Zerstörung des Planeten und einen Aufschwung imperialistischer Kriege. Zu diesem Zweck zitiert der aufbau u.a. Karl Marx, gemäss dem die kapitalistische «Gesellschaft kein fester Kristall (ist), sondern ein umwandlungsfähiger und beständig im Prozess der Umwandlung begriffener Organismus». In diesen Umwandlungsprozess gilt es revolutionär einzugreifen zugunsten einer sozialistischen, perspektivisch kommunistischen Gesellschaft.

Auf deine kritische Meinung und aktive Beteiligung sind wir angewiesen. Schreib uns!

KAMPF UM VORHERRSCHAFT

Herr und Knecht

Am diesjährigen World Economic Forum in Davos ist der interimperialistische Zwist im transatlantischen Bündnis offenkundig. Die Konturen der neuen Weltordnung werden klarer.

(gpw) Nach den beiden unfreiwilligen Abgängen zunächst von Klaus Schwab und danach von Peter Brabeck-Letmathe (bekannt als früherer Nestlé-Boss) an der Spitze des World Economic Forums trug die nachfolgende US-Amerikanisierung des Forums wesentlich dazu bei, dass Davos Ende Januar für kurze Zeit zum Nabel der Welt wurde. Der neue Ko-Vorsitzende des Forums, Larry Fink - seines Zeichens Gründer und Verwaltungsratspräsident von Blackrock, dem weltgrössten Vermögensverwalter mit Sitz in den USA - setzte viele Hebel in Bewegung, griff zum Telefonhörer und besorgte dem Forum für zwei Tage die Präsenz des US-Präsidenten Donald Trump. Monopolistisches Finanzkapital und Staatsmacht Hand in Hand, anti-imperialistische Alarmglocken schrillen.

Die interimperialistischen Zerwürfnisse im transatlantischen Block bestimmten entsprechend die Agenda des WEF, zumal die Widerspruchslage sich stetig zuspitzt. Die Ankündigung der USA, sich Grönland anzueignen, ging dann doch zu weit. Wie unter einem Brennglas konzentriert tauschten die Staatsmänner gegenseitig mehr oder weniger schlecht verhohlene Drohungen und Beschimpfungen aus, rangen um die Stellung in der sich neu konfigurierenden Weltordnung. Nach langen Jahren latenter oder beschränkter Konflikte innerhalb des transatlantischen Lagers, die immer wieder aufs Neue ruhiggestellt werden konnten, scheint nun der Siedepunkt so nah wie selten. Oder, wie es der belgische Premierminister De Wever auf den Punkt brachte: «Ein zufriedener Vasall zu sein, ist eine Sache. Ein unglücklicher Sklave zu sein, ist etwas ganz anderes.» Das Verhältnis von Herr und Knecht wird explizit, der Vasallenstatus aufgehoben.

Uns aus dem Elend zu erlösen...

Wieder einmal kam dem NATO-Generalsekretär Mark Rutte (vormals Premierminister der Niederlande) die Rolle zu, als Stiefellecker vom Dienst die Wogen so weit zu glätten, dass es - noch! - zu keiner offenen militärischen Konfrontation zwischen NATO-Staaten kommt. Nachdem er in der Vergangenheit Trump zum «Daddy» erhoben hatte, gratulierte er dieses Mal Trump im Vorfeld des WEF per SMS zu den «unglaublichen» Vorgängen in Syrien, womit die US-Deckung für den Grossangriff von Jolani's Milizen auf Rojava gemeint ist. Doch: Wer glaubt noch ernsthaft daran, dass was heute gesagt wird morgen noch gilt? Wenn Trump anlässlich seines irren Auftritts in Davos den Einsatz von Gewalt um Grönland ausschliesst, darob ein Seufzen durch den Saal raunt - wie weit soll das letztlich gelten, wenn morgen dem Commander-in-Chief dann doch wieder nach Nuuk die Laune ist? Die systematische

WESTSAHARA

Frauenkampf in der Westsahara

Als internationalistische Delegation aus der Schweiz und Deutschland hatten wir vergangenen Dezember die Möglichkeit, die Flüchtlingslager der Sahrauis, der indigenen Bevölkerung der Westsahara, in Tindouf im Nord-Westen von Algerien zu besuchen. Von Bildungs-, über militärische, zu politischen Strukturen konnten wir die Organisation der sahrauischen Bevölkerung unter der Volksfront der Frente Polisario in den Camps (Wilajas), kennenlernen.

(agbs) Die Westsahara war bis 1975 eine spanische Kolonie. Danach verkaufte Spanien, unter verdecktem Mitwirken anderer imperialistischer Mächte wie Frankreich, den USA



Vor der sahrauischen Frauenunion



Generalstreik gegen ICE in Minneapolis (23. Januar 2026)

Untergrabung von Institutionen wie der UNO, dem Völker- und Menschenrecht lässt die nominellen Hürden vor dem nächsten Kriegseinsatz weniger und weniger werden.

Wir alle wissen darum, dass diese «Regeln» nie für die Mächtigen, nur für die Schwachen galten. Und doch trägt es eben seinen Teil zur eskalierenden Dynamik bei, wenn die Herrschenden nicht mal mehr zur Lüge greifen müssen, um ihre Kriege zu rechtfertigen. Entsprechend unberechenbar ist die Lage, weil das blutige Geschacher um Einfluss und Kontrolle sich beschleunigt und potenziert. Und selbstredend sind die Kriegstendenz und -treiberei keine Alleinstellungsmerkmale der USA, sondern Eigenschaft des kapitalistischen Konkurrenzkampfs an sich, weswegen eben - der Kreis schliesst sich - der andauernde Krieg in der Ukraine den europäischen imperialistischen Staaten nützlich ist, um sich zu rüsten. Denn wenn sich die Vasallen nicht mehr auf den Herrn verlassen können, müssen sie schleunigst selber schauen, wie sie sich in dieser multipolaren Welt halten können.

...können wir nur selber tun!

Auch wenn die WEF-Rede von Mark Carney, dem kanadischen Premierminister, nun zur liberalen Blaupause der «Mittelmächte» erklärt wird, stehen der allfälligen Umsetzung derselben politische und materielle Hürden im Weg, die nicht neu sind. Lassen sich die Widersprüche unter den verschiedenen nationalen Kapitalfraktionen tatsächlich bändigen und wenn ja, zu welchem Preis? Die Spaltpil-

ze innerhalb Europas sind hinlänglich bekannt. Inwieweit und wann ist eine Unabhängigkeit vom US-amerikanischen Rüstungskomplex überhaupt möglich? Die Milliardeninvestitionen in den Krieg fliessen oft genug zu Lockheed Martin und Raytheon. Und wird Washington DC tatsächlich zulassen, dass sich die «Mittelmächte» der NATO aus seiner Einflussphäre verabschieden? Schliesslich war der mögliche Aufstieg einer eurasischen Macht lange genug ein Worst-Case-Szenario für US-Strategen, den es um jeden Preis zu verhindern gilt. Voraussichtlich wird die Münchner Sicherheitskonferenz Mitte Februar weitere Einblicke in die interimperialistische Widerspruchslage gewähren. Reibunglos wird das alles nicht.

Schön wär's, der Zwist der Mächtigen ginge uns nichts an und wir könnten von den Seitenlinien aus zuschauen, wie sie sich aufs Maul geben. Wir wissen, dass dem nicht so ist, zumal ihre Konkurrenz auf unserem Buckel ausgetragen werden soll. Immer deutlicher ist die Tatsache, dass einzig Barbarei ihre Perspektive ist. Was sonst sollen ihre Antworten auf die brennenden Fragen unserer Zeit sein? Die massenhaften Mobilisierungen auf den Strassen geben unsererseits behutsam einen Gegenvorschlag auf ihre Krisen vor: Wir machen ihren Dreck nicht mit und suchen das Glück in den eigenen Händen. Wahrscheinlich tun wir gut daran, diese Zeit reaktionären Aufschwungs inmitten interimperialistischer Konflikte auch als Gärungsprozess unserer Seite zu sehen und zu nutzen. Denn was wir heute erleben, dürfte erst der Vorgeschmack darauf sein, was uns das kommende Jahrzehnt bringen wird.

risch eine zentrale Rolle. 1975, mit allen Männern an der Front, waren es die Frauen, die die Lager aufbauten und sich um Bildung, Gesundheit und Verwaltung kümmerten. Somit sind sie Kern der politischen Organisation der Bevölkerung in den Lagern. Aber auch militärisch haben sich die Frauen organisiert und eigene Einheiten zum Schutz und zur Verteidigung der Wilajas gebildet.

Die Frauenunion wurde 1974 als eine der ersten politischen Strukturen der Frente Polisario gegründet. Sie zentralisiert die besondere Rolle der Frau in allen Strukturen der Frente Polisario. Der emanzipatorische Charakter des Frauenkampfes als Teil anti-imperialistischen Widerstands ist somit eine treibende Kraft im Kampf um die Befreiung der Westsahara.

Teil internationaler Frauenkampf-Organisationen wie der sozialistischen Frauenunion und der afrikanischen Frauenunion und im Austausch mit fortschrittlichen anti-imperialistischen Bewegungen weltweit, tragen die sahrauischen Frauen ihre Stimme nach Aussen und reihen sich ein in den internationalen Kampf für eine befreite Gesellschaft, frei von Unterdrückung und Ausbeutung.

Wir senden unsere Solidarität in grosser Hochachtung an den Mut der kämpfenden sahrauischen Frauen und Männer.

Sahara liberá – Polisario vencerá!

In der sahrauischen Gesellschaft tragen Frauen histo-

STADTENTWICKLUNG

«Stadtreparatur» für wen?

Grünfläche und Rüstungsindustrie statt Strassenschnoise und Gestank: Stadt und Investoren hegen grosse Pläne für «Winterthur Süd».

(agw) Geht es nach dem Winterthurer Stadtrat, so soll sich das Gesicht des südlichen Stadteingangs in den nächsten 20 Jahren massiv verschönern. Heute dominieren Strassen, die Bahnlinie und Gewerbebauten den Raum zwischen dem Stadtteil Töss und den Quartieren Steig und Dätttau. Sowohl die Autobahn als auch die Bahnstrecke in diesem Bereich gehören zu den meistbefahrenen Strecken der Schweiz. Während der Bund einen Ausbau im Rahmen der bisherigen Routenführung der 60er-Jahre (nah an der Stadt durchs Schlosstal in Richtung Wülflingen) vorzieht, hat die Stadt Winterthur 2023 für einen alternativen Vorschlag lobbyiert und die Idee des Baus eines Autobahntunnels durch den westlich gelegenen Hügel Ebnet lanciert. Damit würde eine riesige Fläche an «einer strategisch bedeutsamen Lage» zusätzlichen Platz zum Wohnen und Arbeiten für eine rasch wachsende Stadt schaffen. Zusammen mit dem ehemaligen Rieter-Areal – dazu später mehr – ist Winterthur Süd das grösste zusammenhängende Entwicklungsgebiet Winterthurs.

Masterplan zur Aufwertung

Näher zur Stadt rücken und damit an Attraktivität gewinnen würden mit dieser Entwicklung die Quartiere Steig und Dätttau, die bisher durch die Strassenschnoise von der Stadt getrennt sind. Und glaubt man den Visualisierungen in der Broschüre zum «Masterplan Winterthur Süd» soll anstelle der bisherigen Strassenfläche eine grüne Idylle mit vielen Zugängen zum Tössufer entstehen. Ob die bisherigen Bewohner_innen der betroffenen Stadtteile allerdings von der neuen Ruhe profitieren werden, ist jedoch eine andere Frage. Am Beispiel der Aufwertung der Strassenzüge rund um die frühere Westtangente in Zürich oder an der aktuell laufenden Abriss- und Neubauwelle rund um die «Einhausung Schwamendingen» lassen sich die Folgen für die bisherigen Bewohner_innen des ehemaligen Arbeiter_innenquartiers Töss und der Mieter_in-

nen im Quartier Steig voraussehen: höhere Mieten und Verdrängung statt eine Befreiung vom bisherigen Lärm und Gestank. Es ist die alte Leier der Stadtaufwertung in kapitalistischen Verhältnissen, eine an sich notwendige Stadtreparatur verkehrt sich für die Betroffenen ins Gegenteil.

Abwarten bei der Arealentwicklung

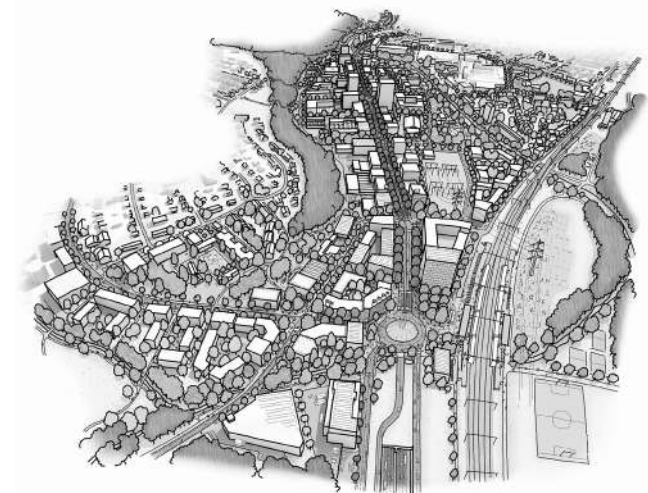
Fürs erste scheinen die Pläne seit einem neuen Gutachten des Bundes zur Priorisierung von Strassenausbauprojekten aber wieder in der Schublade zu verschwinden. Erst nach 2045 könnte der Ausbau dieses Autobahnabschnitts «mögliche Priorität» werden. Heisst konkret: frühestens in 40 Jahren könnte der Verkehr durch den Ebnet rollen und Platz für die stadträtlichen Träume eines «urbanen, begrünten Boulevards» im Süden Winterthurs machen.

Wenig erstaunlich also, dass die neue Besitzerin des danebenliegenden, ehemaligen Industrieareals noch abwartet, bevor sie grosse Würfe ankündigt. Die Generalunternehmung Allreal hat 2023 den grössten Teil des Rieter-Areals beim südlichen Stadtportal von der Rieter AG gekauft. Es ist das letzte grosse verfügbare Industrie-Areal der Stadt und fast so gross wie die Winterthurer Altstadt. Die Rieter hatte in den letzten 15 Jahren immer weitere Teile des Areals geräumt, weil sie die Produktion ihrer Textilmaschinen nach Indien und China verlagert hatte.

Rendite durch Rüstungsfirmen

Das 75' 000 Quadratmeter grosse Areal wird von der Allreal seit 2024 als «Vitus-Areal» vermarktet, geplant ist ein «Tech-Cluster» und «Innovationscampus». Das Areal bietet Raum für rund 3000 Arbeitsplätze, Wohnnutzungen seien aktuell nicht geplant. Eine Umnutzung würde eine Umzonung und einen Gestaltungsplan voraussetzen und es ist davon auszugehen, dass die Allreal diesen langwierigen Prozess erst anstossen wird, wenn die weitere Entwicklung im Bereich der jetzigen Autobahn klar ist. Denn falls die Autobahn tatsächlich in einen Tunnel

verlegt würde, stünde das Vitus-Areal plötzlich an bester Lage im neu verkehrsbefreiten Raum und könnte den Ertrag aus der Nutzung des Areals wohl maximieren. Dazu passt, dass vorerst der Bestand im westlichen Teil, nahe der Autobahn, genutzt und vermietet werden soll und später im östlichen Teil des Areals Neubauten entstehen könnten.



Bäume statt Verkehrsdickicht bedeuten weitere Verdrängung für die Bewohner_innen

Weil die Sache bei einer Investition von 96 Millionen Franken für die Allreal allerdings schon früher profitabel sein soll, werden aktuell Mieter für die freien Flächen gesucht. Ähnlich sichere Renditen wie der Bau teurer Wohnungen verspricht angesichts der derzeitigen Weltlage wohl nur die Rüstungsindustrie. In diesem Rahmen war das Vitus-Areal Anfang Dezember 2025 Gastgeber eines Rüstungshackathons. Mehrere Teams hatten die Aufgabe, innert 40 Stunden Lösungen für Probleme der ukrainischen Armee im Umgang mit Drohnen zu finden. In der Jury: Vertreter von Ernst&Young, der Ruag und Armasuisse.

KURDISTAN

Rojava am Scheideweg

Die alte Ordnung im Nahen Osten ist tot, die neue noch nicht geboren. Da ergeben sich auch Spielräume.

(rabs) Seit über einem Jahr ist Ahmed Al-Sharaa de facto Präsident von Syrien. Der Sturz des langjährigen Assad-Regimes brachte viele Änderungen und Gefahren auch für Rojava mit sich. Durch seine internationale Isolation und die Tatsache, dass er auch gegen die Islamisten kämpfen musste, war Assads Priorität nicht bei Rojava. Al-Sharaa hingegen organisierte sich innert kürzester Frist die Unterstützung des Westens. Was zugegebenermassen nicht sehr schwierig war, wartete dieser doch sehnsüchtigst darauf, in Syrien wieder einen Verbündeten an der Macht zu haben.

Die Angriffe auf Rojava durch die Syrische Armee resp. die HTS und von der Türkei unterstützten Proxies zeigten, wie sicher die «Übergangsregierung» sich der Unterstützung des Westens sein kann. Während die Angriffe und Massaker gegen die Zivilbevölkerung in Scheik Maksud und Ashrafiyeh liefen, besuchte die EU-Chefin von der Leyen Damaskus und versprach finanzielle Unterstützung. Dreister kann man Massaker nicht absegnen.

Neue Ordnung im Nahen Osten

Die alte Ordnung im Nahen Osten, nach dem 1. imperialistischen Weltkrieg vor allem von Frankreich und Grossbritannien eingerichtet, ist am Ende. Die neue Ordnung ist aber noch nicht geboren. Wir erleben die chaotische Übergangssituation zwischen den Ordnungen, in der viele Entwicklungen möglich sind. Was wir bis jetzt beobachten können, ist eine Verschiebung in den regionalen Machtverhältnissen von der Türkei und dem Iran, deren Stern am Sinken zu sein scheint zu Israel, das in den letzten Jahren an Stärke gewonnen hat. Seit den Abraham-Abkommen mit diversen Staaten konnte der zionistische Staat seine Position ausbauen. In den letzten Monaten hat er gezeigt, wozu er fähig ist: Genozid in Gaza, Ausbau der Siedlungen im Westjordanland, aber auch militärische Schläge gegen die Hisbollah im Libanon und gegen den Iran und Syrien.

Im Westen kein Interesse an Demokratie

In dieser Gemengelage versuchte die Demokratische Selbstverwaltung von Nord- und Ostsyrien bestmöglichst ihre Position zu festigen. Mit Gesprächen mit der «Übergangsregierung» versuchten sie, eine Zusammenarbeit mit dem syrischen Staat zu finden, bei der die Er-

rungschaften der Revolution nicht gefährdet werden würden. Doch das Regime in Damaskus scheint nicht willens, einen Teil der Macht an die Regionen abzugeben – wohl auch wegen dem Druck ihrer neuen Verbündeten im Westen, die ab dem Moment, in dem sie die Zentralregierung steuern können, kein Interesse mehr daran haben, einen Fuss in den Regionen zu haben.

Rojava hat sich immer gegen eine Unabhängigkeit von Syrien ausgesprochen. Vielmehr wollten sie Autonomie im Rahmen eines föderalen Modells, was einerseits eine gute Lösung in einem Vielvölkerstaat ist, andererseits hätte das erlaubt, die Errungenschaften der Revolution weiterzuführen, ohne ganz Syrien für dieses Modell gewinnen zu müssen.

In diesen Verhandlungen gibt es einerseits die Situation und Kräfte im Inland zu beachten, also das neue Regime, das noch nicht so fest im Sattel sitzt. Dies ist wohl auch der Grund, wieso es sich – im Gegensatz zu Assad – überhaupt auf Verhandlungen einlässt. Während Assad gegen Innen verhältnismässig stärker aufgestellt war, muss das neue Regime viel mehr auf ausländische Mächte abstellen. Das ist dann auch die andere Seite: Die USA, die Türkei und Israel reden gewaltig mit, wenn es um die Zukunft Syriens geht. Alle haben sie ihre eigenen Interessen, die sich mal verbinden, mal widersprechen. Es ist dies eine grosse Herausforderung für die revolutionäre Realpolitik: Wo können oder müssen Kompromisse gemacht werden? Wo zieht man eine Linie, hinter die man nicht zurückgeht? Das bestimmte die erste Phase des Konflikts. Mit der Generalmobilmachung ist die Zeit der Kompromisse vorbei. Es geht um alles oder nichts. Und da hat auch die (revolutionäre) Linke hier im Westen ihre Verantwortung wahrzunehmen. Einerseits ist es lehrreich für uns, einen solchen Prozess beobachten zu können. Andererseits sitzen die Verantwortlichen auch hier, Verantwortliche, die wir hier angreifen müssen. An den Demonstrationen wiederum gilt es zu zeigen, dass Rojava unsere Unterstützung hat und das Schweigen der bürgerlichen Medien zu brechen.



Widerstand auch in Basel: hier am 20. Januar im Bahnhof Basel

Redaktionsschluss dieser Zeitung war Ende Januar. Aktuelle Infos auf unserer Homepage aufbau.org.

EXIT

Sterbehilfe im Kapitalismus - Teil 1

Nirgends ist die organisierte Sterbehilfe in Form des assistierten Suizids so normal wie in der Schweiz. Auf den ersten Blick scheint dies eine gute Entwicklung zu sein. Doch die Liberalisierung des Sterbens findet nicht im luftleeren Raum statt, sondern in einer kapitalistischen Gesellschaft. In zwei Teilen wenden wir uns der Sterbehilfe zu, in der Schweiz und als Ganzes, und fragen, was ihre Normalisierung über unsere gesellschaftliche Entwicklung verrät.

(agaf) Die Schweiz gilt weltweit als Pionierin der liberalen Sterbehilfe. Fast nirgendwo sonst ist der assistierte Suizid so breit akzeptiert, professionell organisiert und gleichzeitig wenig staatlich reguliert wie hier. Im Jahr 2024 waren rund 2,4 Prozent aller Todesfälle in der Schweiz begleitete Suizide, Tendenz steigend. Exit Deutsche Schweiz zählt aktuell alleine 180'000 Mitglieder. Zwischen 2008 und 2023 versiebenfachte sich die Zahl der begleiteten Suizide von etwa 250 auf über 1'700 pro Jahr. Die Suizidrate inklusive der begleiteten hat sich bei den über 65-Jährigen innerhalb der letzten 25 Jahre vervierfacht und bei den über 85-Jährigen sind 90 Prozent aller Suizide begleitet. Gleichzeitig sank die Suizidrate bei jüngeren Menschen um etwa 30 Prozent. Einerseits zeigt es, dass Suizidprävention bei Jüngeren wirkt. Andererseits wirft es Fragen auf: Ist der begleitete Suizid im Alter ein Ausdruck von Selbstbestimmung oder auch ein Symptom einer spezifischen gesellschaftlichen Entwicklung?

Dieser Frage wollen wir in zwei Artikeln nachgehen und sie verdient eine kritische Auseinandersetzung. Im ersten Teil dieser Serie beleuchten wir die historischen Wurzeln, die rechtlichen Grundlagen und erste Konsequenzen, die sich aus «Normalisierung» der Sterbehilfe ergeben können. Der zweite Teil wird politische Fragen diskutieren, die sich aus der Liberalisierung der Sterbehilfe in einer kapitalistischen Gesellschaft stellen.

Von der Entkriminalisierung zur Organisation

Die rechtliche Grundlage reicht zurück ins Jahr 1942, als das Schweizerische Strafgesetzbuch in Kraft trat. Artikel 115 hält seither fest, dass die Verleitung und Beihilfe zum Suizid nur dann strafbar ist, wenn «selbstsüchtige Beweggründe» im Spiel sind. Diese beinhalten beispielsweise finanzielle Interessen oder emotionale Manipulation. Fehlen solche Motive, bleibt die Hilfe straffrei. Diese Formulierung war für ihre Zeit bemerkenswert progressiv, doch lange blieb sie weitgehend theoretisch. Die eigentliche Dynamik kam aus den USA. Dort entstand in den 1960er Jahren die sogenannte Right-to-Die-Bewegung. Ihr Kern war ein radikal liberales Versprechen: Das Recht auf Selbstbestimmung über den eigenen Körper bis und mit dem Tod. 1973 veröffentlichte die American Hospital Association die erste «Patient's Bill of Rights», die das Recht auf Behandlungsverweigerung festschrieb. Die

Idee der Patient_innenautonomie wurde zum ethischen Leitprinzip der «westlichen» Medizin. In der Schweiz fiel diese Idee auf fruchtbaren Boden. 1975 brachte der Fall des Zürcher Arztes Urs Hämmerli die Debatte in Gang. Er wurde verhaftet, weil er bei einer todkranken Patientin die künstliche Ernährung abgesetzt hatte. Er wurde später entlastet, doch die öffentliche Diskussion war lanciert. Nur zwei Jahre später stimmte das Zürcher Stimmvolk einer kantonalen Volksinitiative mit fast 60 Prozent Ja-Stimmen zu, die den Bund zur Liberalisierung der Sterbehilfe aufforderte. Das Bundesparlament lehnte den Vorstoss 1979 zwar ab, doch die Geschwindigkeit, mit der die Bevölkerung die Idee der Selbstbestimmung im Sterben annahm, war bemerkenswert. Was in anderen Ländern bis heute umkämpft ist, war in der Schweiz bereits Ende der 70er-Jahre mehrheitsfähig. Im April 1982 wurde dann der Verein Exit Deutsche Schweiz gegründet.

Die Professionalisierung des Sterbens

Exit führte ein, was es in der Schweiz bis dahin nicht gab: Die sogenannte Patientenverfügung. Tausende traten Exit bei, nicht primär wegen der Freitodbegleitung, sondern um sicherzustellen, dass ihr Leben nicht gegen ihren Willen durch medizinische Technologie verlängert würde.

1985 fand die erste Exit-Sterbebegleitung statt. In den Anfangsjahren waren es weniger als sechs Fälle pro Jahr. Heute begleitet Exit in der Deutschschweiz jährlich über 1'500 Menschen in den Tod. Ein entscheidender Wendepunkt war die Entdeckung von Natrium-Pentobarbital (NaP) als Sterbemittel in den frühen 1990er-Jahren. Ein sanftes und schnell wirkendes Präparat, im Gegensatz zu den früheren Medikamentenmischungen. 1998 spaltete sich Dignitas, eine weitere Sterbehilfeorganisation, ab. Sie ermöglicht auch Menschen ohne Schweizer Wohnsitz den begleiteten Suizid und begründete damit den sogenannte «Sterbetourismus».

Die Schweiz kennt, anders als andere Länder, bis heute keine spezifische Gesetzgebung zur Suizidhilfe. Es gilt einzig Artikel 115 StGB. Die sterbewillige Person muss urteilsfähig sein und die tödliche Handlung selbst ausführen, etwa durch das Öffnen einer Infusion oder das Trinken eines Medikaments. Der Bundesrat bekräftigte zuletzt 2024, dass kein gesetzgeberischer Handlungsbedarf bestehe.

Klare Regeln oder unscharfe Grenzen?

Die Voraussetzungen für eine Exit-Begleitung hören sich im ersten Moment klar an. Eine Person muss urteilsfähig sein, also wissen, was sie tut. Der Sterbewunsch muss wohlüberlegt sein, also nicht aus einem Impuls oder einer akuten Krise heraus entstanden, sondern nach Abwägung aller möglichen Alternativen. Er muss konstant

sein und über längere Zeit bestehen. Die Entscheidung muss autonom erfolgen, ohne jeden Druck von aussen. Und die Person muss die Tatherrschaft innehaben, das heisst, sie muss die tödliche Handlung selbst ausführen. Doch hinter diesen Begriffen verbergen sich Graubereiche. Exit selbst nennt als Kriterien für ein «Ja» zur Suizidhilfe «unerträgliche Beschwerden, unzumutbare Behinderung, hoffnungslose Prognose». Aber wer definiert, wann Beschwerden unerträglich sind? Wann ist eine Behinderung unzumutbar und für wen? Kann ein Sterbewunsch wirklich autonom sein, wenn in einer Gesellschaft älteren Menschen vermittelt wird, sie seien eine Last? Wie wird «jeder Druck von aussen» erkannt und definiert?

Die Schweizerische Akademie der Medizinischen Wissenschaften definiert «Sterbende» als Menschen, deren Tod trotz Behandlung absehbar ist. Doch ein Drittel der Exit-Begleiteten sind nicht todkrank, sondern multimorbid, das heisst, sie leiden an Gebrechen, die nicht unmittelbar zum Tod führen. Schon seit 2014 begleitet Exit auch Menschen mit Mehrfacherkrankungen ohne unmittelbare Lebensgefahr. Auch bei psychischen Erkrankungen ist Suizidhilfe seit 2006 grundsätzlich möglich, allerdings unter strengen Auflagen. Exit verlangt zwei unabhängige Fachgutachten und bei Bedarf die Zustimmung einer Ethikkommission. Ein besonderes Dilemma zeigt sich bei Demenzerkrankungen. Eine Begleitung ist nur bis ins mittlere Stadium möglich, solange die Urteilsfähigkeit noch vorhanden ist. Betroffene müssen sich also zu einem Zeitpunkt für das Sterben entscheiden, an dem sie nicht wissen können, wie sie ihr Leben später empfinden werden.

Selbstbestimmung oder Selbstverantwortung?

Die hohe gesellschaftliche Akzeptanz der Sterbehilfe (rund 80 Prozent Zustimmung in Umfragen) steht in einem Spannungsverhältnis zur Versorgungslage älterer Menschen. Je älter jemand ist, desto unwahrscheinlicher erhält er bei psychischen Problemen eine Psychotherapie. In Langzeitpflegeinstitutionen herrscht eine massive Unterversorgung, besonders bei psychischen Symptomen. Das Recht auf den Freitod könnte hier eine Kehrseite haben und als die Übernahme von Selbstverantwortung gedeutet werden. Wie frei ist eine Entscheidung, wenn der Zugang zu Alternativen, etwa zu psychiatrischer Versorgung, zu sozialer Einbindung oder zu palliativer Pflege nicht genug gegeben ist? Was ist, wenn der Spardruck steigt und ältere Personen teure lebenserhaltende Behandlungen in Anspruch nehmen? Wie wird der Wert eines Menschen in unserer Zeit bestimmt?

Der zweite Teil dieser Serie wechselt die Perspektive. Wir wollen diskutieren, welcher Zusammenhang und welche Gefahren zwischen einer weiteren Liberalisierung der Sterbehilfe und der kapitalistischen Gesellschaft besteht.

MERKE



In dieser Rubrik zeigen wir euch Bilder von Bullen. Die Anonymität ist eine ihrer Waffen. Merkt euch darum ihre Gesichter. Die bessere Kenntnis ermöglicht uns besseres Handeln auf den Strassen ...

Zivis mit diversen Funktionen: Einsatzleitend, beobachtend um Material für die Strafverfolgung zu ergattern (was nie wirklich gelingt), abzuschrecken usw.

Schickt uns eure Fotos!



Fortsetzung von Seite 1

ständig: «Artikel 34a Militärgesetz (MG; SR 510.10) bekräftigt, dass das zivile Gesundheitswesen im Dienste der Armee steht und nicht umgekehrt».

«Return to duty» und «Reverse Triage»

Der Begriff «Return to duty» ist unter Militärstrategen schon länger eine wichtige Kenngrösse von Kriegen. Sie besagt, wie viele der verletzten Soldaten nach der Versorgung wieder an die Front geschickt werden können. Im zweiten imperialistischen Weltkrieg lag die «Return-to-duty»-Rate schätzungsweise bei 50%, aktuell in der Ukraine wird ebenfalls von 50% ausgegangen. Der Idealwert läge in Militärkreisen jedoch eher bei 75%, was bisher schwer zu erreichen ist. Eine besonders üble Massnahme zur Erhöhung dieser Rate ist die sogenannte «Reverse Triage». Statt wie üblich jene zuerst zu versorgen, die am dringendsten medizinische Hilfe brauchen, sollen die am wenigsten verletzten Soldaten zuerst behandelt werden (also vor den schwer Verletzten und vor allen zivilen Patient_innen), weil sie an der Front gebraucht werden. Damit werden berufsethische Grundprinzipien der Krankenversorgung komplett über Bord geworfen.

Dass das nicht nur irgendwelche Fantasien von Militärfanatikern sind, zeigt ein Blick nach Deutschland. Dort hat im Juli 2025 die Regierung von Berlin zusammen mit der Bundeswehr und Vertreter_innen der Krankenhäuser den ersten Rahmenplan für die «Zivile Verteidigung» im Bereich der Berliner Krankenhäuser erstellt. Das «aus Sicherheitsgründen» geheime Papier wurde im Oktober geleakt. Aus dem Schreiben wird deutlich: Triage wird notwendig sein, militärisches Personal soll gegenüber der Zivilbevölkerung Vorrang haben. Die Zeitung Junge Welt bringt den Inhalt des gesamten Plans auf den Punkt: «Alles, was kein medizinischer Notfall ist, stört: etwa Alte, Behinderte oder psychisch Kranke, die trotzdem akute Fälle sein können. Die Interessen des Militärs würden im Falle einer Umstellung der Individualmedizin auf Katastrophenmedizin über das Wohl der Patienten gestellt. Medizinisch notwendige elektive (geplante) Eingriffe könnten eingestellt werden.» Wer den Rahmenplan liest, versteht auch schnell, warum er hätte geheim bleiben sollen: Angst vor Widerstand aus der Bevölkerung. Und den gibt es – zum Glück. Aber bis jetzt nur leise und punktuell – leider.

VDÄÄ, IPPNW, Gesundheit statt Profit

Bisher leisten zumindest öffentlich nur wenige Gruppen Widerstand vor Ort. Das Bündnis «Gesundheit statt Profit» hat zum Protest gegen eine Veranstaltung an der Charité aufgerufen (siehe Interview Seite 7); die IPPNW (Internationale Ärzt*innen zur Verhütung des Atomkrieges) hat eine Petition gegen die Militarisierung des Gesundheitswesens lanciert. Diese richtet sich an Gesundheitsangestellte und hält fest: «Ich lehne [...] als Beschäftigte/Beschäftigter im Gesundheitswesen jede Schulung oder Fortbildung in Kriegsmedizin ab und werde mich daran nicht aktiv beteiligen. Ich lehne weiterhin jede Massnahme ab, die einer Kriegsmedizin den Vorrang vor der zivilen medizinischen Versorgung gibt.»

Dass das Gesundheitspersonal im Kriegsfall unumgänglich mit dem Dilemma, wer zuerst behandelt werden soll, konfrontiert sein wird, ist Fakt: Die Bundeswehr geht

bei dem Szenario eines Nato-Bündnisfalls von 1.000 verletzten NATO-Soldat_innen pro Tag aus – und das über Monate bis Jahre. Die Kapazität der fünf Bundeswehrkrankenhäuser in Deutschland mit insgesamt 1.800 Betten wäre damit in zwei (!) Tagen erschöpft. Das zivile Gesundheitssystem müsste also in die Bresche springen. Ein Gesundheitssystem, das bereits heute durch jahrelanges Kaputtsparen täglich an seine Grenzen stösst.

Eine weitere wichtige kritische Stimme in Deutschland ist der VDÄÄ (Verein demokratischer Ärztinnen und Ärzte). Sie kritisieren insbesondere die Verlogenheit des Diskurses der «Verteidigungsfähigkeit». Diese sogenannte Vorbereitung auf Verteidigung, sprich die aktuelle Ausrichtung des Gesundheitswesens für militärische Zwe-



1965 hatte die IGM noch eine klarer Haltung zum Krieg

IG Metall als Teil des rüstungskeynesianistischen Umbaus?

Noch düsterer sieht es bei der IG Metall aus: Auf der Industriekonferenz der IG Metall Mitte September 2025 wurde deutlich, dass der Erhalt von Arbeitsplätzen und die Forderung nach einer sogenannten Übergewinnsteuer für die Rüstungsindustrie nach wie vor im Zentrum stehen. Eine allgemeine Positionierung gegen Aufrüstung, für Frieden und für die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien blieb bisher aus – obwohl genau diese Themen eigentlich Teil der Satzung der IG Metall wären.

Obwohl die Übergewinnsteuer der Rüstungsindustrie sehr populär ist, weil sie an einem gewissen Gerechtigkeitssinn und den Grundgedanken der Umverteilungslogik anknüpft, muss sie aus marxistischer Sicht kritisiert werden. Das macht zum Beispiel Andreas Buderus, Mitinitiator der gewerkschaftlichen Basisinitiative «SAGT NEIN! Gewerkschafter:innen gegen Krieg, Militarismus und Burgfrieden». Er betont, dass die Übergewinnsteuer die Eigentums- und Machtverhältnisse nicht antaste sondern lediglich sicherstelle, dass ein Teil der Kriegsgewinne für Soziales verwendet wird. Damit werde die Rüstungsproduktion jedoch nicht in Frage gestellt. «Mehr noch: Die Gewerkschaft bewegt sich mit dieser Forderung in den Bahnen einer kriegskeynesianistischen Logik, die von der Bundesregierung längst verankert ist. In dieser Konstellation wirkt die Übergewinnsteuer wie ein Feigenblatt. Sie macht den Rüstungsboom nicht rückgängig, sondern tarnt ihn als «sozial gerecht», bringt es Buderus auf den Punkt.

Es wird deutlich, dass nicht nur die Militarisierung des Gesundheitswesens kritisiert werden muss, sondern der Militärkeynesianismus der deutschen Regierung im Allgemeinen. Aus gewerkschaftlicher und linker Sicht gilt es mit dieser auf Krieg ausgerichteten Politik zu brechen, weil es für uns als proletarische Klasse dadurch nichts zu holen gibt: Erstens zeigen die Studien klar, dass Rüstungsausgaben keine nachhaltigen Arbeitsplätze schaffen – mehr noch die Investition der gleichen Summe in Bildung, Gesundheit etc., würde zwei- bis dreimal so viele Arbeitsplätze schaffen. Zweitens bedeutet Militarisierung immer auch Sozialabbau und drittens ist klar, dass wer die Wirtschaft auf Rüstung ausrichtet, auch Krieg plant oder zumindest in Erwägung zieht.

Gerade als proletarische Frauen ist es zudem zentral zu betonen, dass Militarisierung, Kriegstreiberei und Aufrüstung immer auch auf Kosten der Frauen geht. Gemäss Danielle Holt, einer hohen US-Militärsfrau, gibt es für die USA einen Bereitschaftsplan, der «im nationalen Notfall die Einziehung von Gesundheitspersonal – einschliesslich Frauen zwischen 20 und 45 Jahren – erlauben würde.» Die diesjährige 8.März-Demo steht also folgerichtig ganz im Zeichen des Antimilitarismus, da nicht nur, aber auch im Kriegsfall gilt: Wenn Frau will steht alles still.

cke, ist in Tat und Wahrheit eine Vorbereitung auf den Krieg. Der VDÄÄ entblösst auch die Kriegs rhetorik der deutschen Regierung, welche eine Konkurrenz der Staaten als unausweichlich dargestellt und der Bevölkerung zu vermitteln versucht, dass Deutschland bei der richtigen Vorbereitung siegreich aus einem möglichen Krieg hervorgehen kann. Dazu der VDÄÄ: «Jeder Krieg ist aber schon eine Niederlage für die Bevölkerung, die unter den grausamen Folgen leidet und gezwungen wird, für den jeweiligen Staat zu kämpfen.» Dieser Punkt ist ohnehin zentral, denn während Kriegspropaganda Nationalismus und einen äusseren Feind heraufbeschwört, muss aus Klassenperspektive die Gleichsetzung der Interessen von Bevölkerung und Regierung unablässig als tödliche Lüge entlarvt werden. Imperialistische Kriege sind immer Kriege der Herrschenden und werden als solche immer auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung ausgetragen.

Und was sagen die Gewerkschaften?

Öffentlich hat sich Verdi, als Gewerkschaft des öffentlichen Gesundheitswesens, bisher noch nicht gegen die Militarisierung im Krankenhaus geäussert, es werde intern aber rege diskutiert (siehe Interview). Bezüglich der Frage nach Waffenlieferungen lassen die unterschiedlichen Statements der Gewerkschaften erahnen, dass antimilitaristische Positionen wie «Arbeiter schießen nicht auf Arbeiter» bisher (noch) eine Minderheit darstellen. Die Mehrheit scheint sich eher hinter die Kriegs- und Aufrüstungspolitik der Regierung zu stellen. So hat sich



Aufrüstung heisst immer auch Sozialabbau, Protest in Berlin

INTERVIEW

«Das Gesundheitswesen muss friedenstüchtig werden und nicht kriegstüchtig»

Angesichts der zunehmenden Militarisierung gerät das Gesundheitswesen in Deutschland immer stärker in den Fokus. Ein Gespräch mit der Pflegefachfrau und Gewerkschaftsaktivistin Clara über Kritik und Protest dagegen.

(agfk) Du bist sehr aktiv in der Berliner Krankenhausbewegung, wie kam es dazu?

Clara: Ich bin Krankenschwester und inzwischen seit über 30 Jahren im Beruf. Bei der Gewerkschaft ver.di (Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft) bin ich seit etwa 25 Jahren aktiv, als sich das Krankenhausfinanzierungssystem in Deutschland sehr drastisch geändert hat und der Profit Vorrang vor der Versorgung der Patient_innen bekam. Politisch aktiv bin ich schon lange, daher war es für mich logisch, das dann in und mit der Gewerkschaft zu machen. 2015 haben wir dann das Bündnis "Berlinerinnen und Berliner für mehr Personal im Krankenhaus" gegründet, als Unterstützung für die Auseinandersetzung für mehr Personal an der Charité. Irgendwann haben wir das Bündnis dann in «Gesundheit statt Profite» umbenannt, weil es nicht mehr nur um die Charité oder einzelne Krankenhäuser ging, sondern um die Gesundheitsversorgung als Ganzes, welche immer mehr der Profitlogik unterlag. Wir unterstützen aber nach wie vor bei Arbeitskämpfen an Krankenhäusern und deren Töchtern.

Das Bündnis «Gesundheit statt Profite» hat kürzlich eine Protestkundgebung organisiert gegen das Symposium «Zivile Notfall- und Rettungsmedizin im Bevölkerungsschutz». Was war der Auslöser?

Das war nicht die erste Veranstaltung dieser Art. Bei einer ähnlichen Veranstaltung an der Charité war ein Bundeswehroffizier zu Gast und sagte so Sachen wie: «2027 stehen die Russen vor Berlin und wir müssen darauf vorbereitet sein». Kolleg_innen, die kritische Fragen stellten, mussten den Raum verlassen. Und so haben wir einen Protest angekündigt, als wir hörten, dass es ein Symposium geben soll, zu dem erneut ein Bundeswehroffizier eingeladen war. Der Bundeswehroffizier wurde kurz vor der Veranstaltung wieder ausgeladen, das hat sicherlich mit unserer Protestankündigung zu tun. Die Kundgebung hat dann trotzdem stattgefunden und etwas Aufmerksamkeit erregt, auch wenn das eigentliche Ziel schon davor erreicht wurde.

Und die andere Geschichte ist, dass Berlin einen «Rahmenplan zur zivilen Verteidigung im Bereich der Berliner Krankenhäuser» ausgearbeitet hat, welcher dort vorgestellt wurde. Zu diesem Rahmenplan haben wir eine interne Veranstaltung bei ver.di gemacht.

Was will dieser Rahmenplan und was ist eure Kritik daran?

Im «Rahmenplan zur zivilen Verteidigung im Bereich der Berliner Krankenhäuser» geht es eindeutig nicht nur um den Krisenfall, sondern eben auch um den Kriegsfall. Also im Prinzip steht da, dass die Versorgung von Soldaten_innen an der Front Vorrang hat vor der Versorgung ziviler Patient_innen. Und es ist ja nicht so, als gäbe es in

den Krankenhäusern keine Katastrophenschutzpläne. Dafür werden auch regelmässig Übungen gemacht, um darauf vorbereitet zu sein. Aber da merkt man jeweils, dass es in so einer Krisensituation ganz schön haarig werden würde. Und das ist eben auch unsere Hauptkritik, dass wir sagen, wir sind für den Normalfall nicht mal vorbereitet. Geschweige denn für irgendwelche Kriege oder Katastrophen. Also im Grunde genommen fühlen sich die normalen Tage und Nächte schon an wie eine Katastrophe, weil die Rettungsstelle überläuft, die Kapazitäten nicht ausreichen und vor allen Dingen zu wenig Personal da ist. Als wäre das nicht genug, gibt es eine Krankenhausreform, deren Ziel ist, noch mehr Betten abzubauen und noch mehr Krankenhäuser zu schliessen. Das wird natürlich nicht helfen. Da geht es nicht darum, eine vernünftige Versorgung herzustellen, sondern wieder einmal Geld einzusparen.

Gibt es weitere Beispiele von Protesten im Gesundheitswesen gegen die Militarisierung?

Aktuell gibt es vor allem Veranstaltungen zu diesem Thema, und die sind immer sehr gut besucht, also das Thema stösst auf jeden Fall auf Interesse. Bei einer ver.di-Veranstaltung zu diesem Thema war eines der Ziele, dass wir uns in der Gewerkschaft gegen die Militarisierung positionieren, und zwar dort, wo es um unsere Arbeitsbereiche geht, also zum Beispiel Gesundheit. Natürlich müssen wir auf Katastrophen vorbereitet sein. Aber wir müssen die Infrastruktur stärken und Arbeitsbedingungen schaffen, dass wir auch im Normalfall genügend Personal haben, anstatt irgendwelche Kriegsvorbereitungen zu machen. Das Ziel muss sein, friedensstüchtig zu werden und nicht kriegstüchtig. Angesichts all dieser Aufrüstung weltweit, da muss man auch als Gewerkschaft eine klare Position dagegen einnehmen.

Und macht das ver.di deiner Meinung nach?

Ja, es gibt Positionierungen, die sich selbstverständlich gegen Krieg aussprechen. Am letzten ver.di Bundeskongress ging es praktisch nur um Militarisierung. Und der Tenor war ganz klar, dass unser Ziel Frieden und nicht Krieg ist. Andererseits organisiert ver.di auch die Bundeswehroldaten_innen gewerkschaftlich und andere Gewerkschaften wie die IG Metall vertreten die Angestellten der Rüstungsindustrie. Da wird dann auch mal gesagt, dass sie lieber Arbeitsplätze erhalten in der Rüstungsindustrie. Und natürlich gibt es Widerstand bei den Beschäftigten, aber so richtig gross ist der Unmut nicht. In Berlin z.B. ist eine Fabrik, die früher Autoteilezulieferer war, nun auf Kriegsprodukte umgestiegen. Und da gab es nicht wirklich viel Protest dagegen.

Und welche Hebel haben Angestellte im Gesundheitswesen gegen diese Entwicklung?

Die Regierung arbeitet jetzt auch an so einem Gesundheitssicherstellungsgesetz, das heißt es soll eine Zwangsverpflichtung für Gesundheitsbeschäftigte geben, wenn es zum Krieg kommt. Natürlich würden wir keine Hilfe verweigern. Wenn Patient_innen da sind, dann werden

die versorgt. Aber eine Triage, wie sie sich das vorstellen, also dass bestimmte Patient_innen eher versorgt werden sollen als andere, das würden, hoffe ich, einige nicht mitmachen. Gegen diese Kriegstüchtigkeit, die sie damit herstellen wollen, müssen wir uns wehren. Es betrifft ja nicht nur die Beschäftigten in den Krankenhäusern, sondern die Gesundheitsversorgung und somit die Bevölkerung als Ganzes. Deshalb braucht es Bemühungen, dass wieder abgerüstet wird und nicht weiter hochgerüstet, aber das ist ja gerade eher nicht der Fall.

KOMMENTAR

Gibt es trotz alledem Grund zur Hoffnung?

(agfk) «Der Krieg ist eine blosser Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln», sagte Clausewitz. Diese Logik kann im Kapitalismus nicht gestoppt werden. Nicht erst seit dem Überfall der USA auf Venezuela wird dies deutlich, doch die nackte Wahrheit zeigt sich heute auf besonders klare Weise. Allen ist klar, dass es den USA um ökonomische und geostrategische Interessen geht, hauptsächlich darum, den Hauptkonkurrenten China aus dem lateinamerikanischen Kontinent zu vertreiben. Und mit den Gelüsten auf Grönland, den Panama-Kanal und Kanada wird deutlich, dass es letztendlich um die absolute Hegemonie der USA über die Amerikas geht.

Seit die ökonomische Hegemonie der USA im Wettrennen mit China bröckelt, bekommt das militärische und machtpolitische Ringen immer mehr Gewicht. Wir können zusehen, wie in jedem Winkel der Welt der Kampf um die Neuaufteilung der Welt in Machtbereiche und Einflussphären in vollem Gange ist. Auf diesem Hintergrund sind die Stärkung von Militär und Rüstungsausgaben zu verstehen, die gemäss des Stockholmer Friedensinstituts SIPRI einen neuen globalen Rekordwert von 2'740 Milliarden erreicht haben. Diese schuldenfinanzierte staatliche Wirtschaftsankurbelung durch eine enorme Nachfrage wird «Rüstungskapitalismus» genannt. Von den milliardenschweren Aufrüstungspaketen profitieren Konzerne wie ThyssenKrupp, Rheinmetall, Boeing, Lockheed Martin, Northrop, RUAG, Rheinmetall Air Defence, SIG Sauer u.a. Dies ist für die Bourgeoisie sowohl ökonomisch als auch politisch von Bedeutung: Es schafft neue Investitionsmöglichkeiten für das Kapital, es schafft neue Arbeitsplätze und somit Akzeptanz, und es stärkt die Macht des bürgerlichen Staates. Besonders nützlich sind auch die in Schutt und Asche gelegten Kriegsgebiete, um das überangehäufte Kapital profitabel investieren zu können. Man sieht das beispielhaft am absurden Run auf die sog. «Geberkonferenzen», z.B. für die Ukraine. Auch die Schweiz ist beim «Wiederaufbau» immer gerne dabei und profitiert ausserdem von der besonderen Stellung als ruhiges Hinterland – obwohl in den imperialistischen Kriegen auf europäischem Boden meist ausserhalb der Schusslinien, stiegen auch hier die Militärausgaben 2025 auf 5,56 Mrd. CHF.

Militarisierung heisst ebenfalls Umstrukturierung der Gesellschaften, der zivilen Einrichtungen, Wehrpflicht, ideologischer Angriff auf die Köpfe der Menschen. Nationalistische und chauvinistische Ideologien sollen den Kriegswillen der Menschen anstacheln.

Doch Krieg und reaktionäre Entwicklungen bergen auch das Potential für Widerstand. Die Menschen verstehen, dass es in solchen Situationen um ihre elementarsten Lebensrechte geht. Eindringlich sehen wir dies in den seit einigen Jahren aufsteigenden feministischen Bewegungen. Der Angriff rechter Kräfte und die Krise des kapitalistischen patriarchalen Systems mit seinen imperialistischen Kriegen bewegen grosse proletarische Frauenmassen dazu, auf die Strassen zu strömen. Noch nie waren die Strassen am 8. März mit so grossen Frauenmassen und queeren Personen gefüllt wie in den letzten Jahren. Es geht darum, das ganze Scheissystem mitsamt der Wurzel auszureissen und auf den Müllhaufen der Geschichte zu werfen.

Ja, wir könnten verzweifeln ob all der Barbarei. Doch wir haben uns dagegen entschieden und fokussieren stattdessen auf all jene Menschen, die dagegen ihre Stimmen erheben und den öffentlichen Raum kollektiv und solidarisch mit neuen Perspektiven füllen. Durch sie gibt es Grund zur Hoffnung.



Klare Worte bei einer Mobilisierung in Berlin

Sie träumen von imperialistischen «Friedensmissionen», der Möglichkeit zur Militarisierung ziviler Behörden und der Verschärfung der Repression gegen eine widerständige Bewegung. Eine Ansammlung besorgter Autoritarist_innen, ausgedienten Militärler_innen, Hobbyschütz_innen und dem Arbeitgeberverband: Das ist die Allianz Sicherheit Schweiz (ASS).

Die Themen im Radar werden in drei Stufen aufgeteilt: Frühwarnung, Hauptthemen und Brennpunkte. Seit 2022 hat der NDB diesen Radar auf 15 Brennpunkte erweitert. Die neusten Brennpunkte sind Europa und die transatlantische Sicherheitskooperation, der Nahe und Mittlere Osten sowie «Dual-use-Güter». Dual-use-Güter sind zivile Güter, welche für militärische Zwecke schnell umgerüstet «militarisiert» werden können. Ein bekanntes Beispiel dafür sind die «First Person View»-Drohnen, die von Militär und zivilen Behörden trainiert und benutzt werden.

«Die Schweiz soll militärische Kooperationen jenseits der Landesgrenze eingehen», wird unverblümt und direkt propagiert. Die Ausübung von «Softpower» bedeutet Zusammenarbeit mit der NATO, interessenorientierte Aussenpolitik und Teilnahme an imperialistischen «Friedenmissionen». Dafür soll die Armee bis 2030 mit mindestens 1% des BIPS staatlich finanziert werden. Kriegswirtschaft heisst ab jetzt «Budgetverschiebung». Das sind konkrete Kürzungen im Sozial- und Umweltbereich und bedeuten eine weitere Verschärfung in unserem Leben. Noch deutlicher kann der Ruf nach Aufrüstung und der Vorbereitung zur Teilnahme am imperialistischen Krieg gar nicht

Nicht nur die Armee sei geschwächt. Die Allianz Sicherheit Schweiz hat auch für die kantonalen und zivilen Organisationen klare Forderungen: diese sollen nebst den subsidiären Aufträgen auch speziell den Ukrainekrieg genau analysieren und «ihre Konsequenzen daraus ziehen». Hier wird klar, dass mit Gesamtverteidigung heute die ZMZ (Zivil Militärische Zusammenarbeit) gemeint ist. Dieses Konzept ist viel weitgreifender als das blosses Requirieren von Lebensmittelkühltransportern zur Zwischenlagerung der Gefallenen. Nach diesem Konzept sollen zivile Organisationen wie Feuerwehr, Polizei, technische Betriebe und Spitäler schrittweise militarisiert und in einem Gesamtkonzept der Landesverteidigung (Gesamtverteidigung) integriert werden. Der Begriff der Gesamtverteidigung ist alt. Die Umsetzung zielt seit 2022 auf eine bewusste Hybridisierung des Kriegs. In so einem Szenario tragen die Behörden ballistische Helme und Schutzwesten. Die Polizei wird direkt mit Sturmgewehren ausgerüstet, kann teilweise aufgelöst werden und



Krieg dem Krieg heisst die Umwandlung vom bürgerlichen imperialistischen Krieg in den Klassenkampf gegen die herrschende Ordnung. Dafür müssen wir auf unsere eigenen Kräfte setzen.

UBS-Filiale am Albisriederplatz in Zürich, Januar 2026

Im Bild



(agkk) «Assez, nous en avons assez des discours, il faut agir!» (Genug! Wir haben genug von den Diskussionen, es ist Zeit zu handeln!), tönt es am 7. August 1953 in Saxon, Wallis aus der Menge der dort versammelten Bäuer_innen. Dem Ruf folgend bewegt sich die Menge in Richtung Bahnhof, blockiert die Simplonlinie und steckt Güterwaggons in Brand. Dabei sind die militanten Bäuer_innen alles andere als planlos vorgegangen. So wurden zum Beispiel im Vorfeld die Zufahrtsstrassen nach Saxon mit Baumstämmen verbarrikadiert, um den Einmarsch der Ordnungskräfte zu verhindern. In den Waggons der SBB befinden sich importierte Aprikosen, deren Dumpingpreise die Walliser Bäuer_innen in ihrer Existenz bedrohen. Die Landesregierung sieht sich ab dem Protest, der hier Beispiel ist, aber nicht alleine steht, gezwungen, auf die Forderungen der Bäuer_innen einzugehen und den Absatz einheimischer Aprikosen zu regeln. Nicht dem Einlenken der Regierung wegen, dem Erfolg der breit getragenen Militanz wegen möchten wir an die aufständischen Walliser Bäuer_innen erinnern.

INDIEN

Kampf dem Imperialismus! Kampf dem Patriarchat!

Im vergangenen Jahr prägten Aktionswochen und Demonstrationen die internationale Solidarität mit dem Volkskrieg in Indien. Für den 28. März wird nun europaweit zu einer Demonstration in Zürich aufgerufen, drei Wochen nach dem 8. März. Aus aktuellem Anlass ein Blick auf die maoistische Bewegung in Indien: Wieso ist Indien für uns interessant? Wo steht der bewaffnete Kampf? Und was sagt die Kommunistische Partei Indiens (maoistisch) (CPI (maoist)) zur Rolle der Frau in der Revolution?

(agkk) Indien hat im Januar dieses Jahres mit der grössten Delegation jemals am WEF teilgenommen. Minister, Sicherheitsberater, zahlreiche Unternehmen und Repräsentant_innen von einzelnen Regionen haben sich im «Indischen Pavillon» präsentiert und der versammelten Bourgeoisie Investitionsmöglichkeiten dargeboten.

Solche Investitionen zerstören Strukturen und Land der indigenen Bevölkerung (Adivasi) und Kleinbäuer_innen. Zudem gehen sie auf Kosten der Arbeiter_innenklasse, die unter menschenverachtenden Arbeitsbedingungen in Fabriken schuftet. Diese Bevölkerungsteile vereint die CPI (maoist) seit nun bald dreissig Jahren im gemeinsamen Kampf gegen halb-feudale und halb-koloniale Strukturen. Die Wurzeln des Kampfes gehen jedoch noch viel weiter zurück.

Eine Geschichte des Kampfes

Ein wichtiges historisches Ereignis markiert der Naxalitenaufstand 1967. Im Bundesstaat West Bengalen begannen im März des damaligen Jahres Kleinbäuer_innen mit der Besetzung von Land. Als bald weitete sich die Bewegung aus und bewaffnete sich. Vorgängerparteien der CPI (maoist) führten den damaligen Aufstand an. Hierbei ist jedoch zu beachten, dass die Geschichte der kommunistischen Bewegung Indiens und ihren Organisationen nicht linear

verlief: Die konkreten Situationen, Fragen nach dem Charakter der Indischen Gesellschaft oder der Strategien des Kampfes führten immer wieder zu Spaltungen, aber auch Zusammenschlüssen – vor und nach 1967.

Klar ist: Der langanhaltende Volkskrieg der CPI (maoist) steht dem Revisionismus anderer kommunistischer Parteien in Indien gegenüber, die in verschiedenen Regionen den Ausverkauf von Land und Mensch an den Imperialismus mittragen. In den «befreiten Gebieten», die unter Kontrolle der Maoist_innen stehen, werden Landenteignungen nicht zugunsten von Grosskonzernen durchgeführt, sondern zugunsten der landlosen Bäuer_innen und Adivasi, welche die Bewegung tragen. Die Grösse dieser «befreiten Gebiete» war aber immer wieder Schwankungen unterworfen. Ein letzter Höhepunkt markieren die späten 2000er-Jahre, als etwa 40% der Fläche Indiens (der sogenannte «Rote Korridor») maoistisch kontrolliert war.

Staatliche Repression

Der indische Staat bekämpft die Bewegung rigoros. Im Rahmen von Spezialoperationen wurden jeweils Abertausende Soldaten in die Guerillagebiete geschickt. Anfang des Jahres 2025 hatte Innenminister Amit Shah dann zum Ziel erklärt, Indien bis März 2026 «maoistenfrei» zu machen. Kurz darauf startete die Regierung die «Operation Kagar» («Operation Schwarzer Wald»). Diese umfasst den Einsatz modernster Kriegsausrüstung wie israelischer Drohnen, die Anwendung extralegalen Gewalt und die grossflächige Einrichtung von «Security Camps» genannten Militärstützpunkten in von Adivasi dominierten Gebieten.

Die Repression verfehlt ihre Wirkung nicht. Zahlreiche führende Personen der Partei wurden im vergangenen Jahr ermordet und die befreiten Gebiete verkleinern sich stetig. Doch der Kampf geht weiter, denn die revolutionäre Bewegung lebt nicht von einzelnen Kämpfer_innen und Partei-

kadern, sondern ihrer Verankerung in der Gesellschaft und im Bewusstsein der Unterdrückten. Hierbei übernehmen die Frauen eine zentrale Rolle – auch in Indien.

Zur Rolle der Frauen

Ein Text der CPI (maoist) zum 8. März 2005 bespricht die Relevanz des Frauenkampfes für die revolutionäre Bewegung und hat auch über zwanzig Jahre später nichts an Aktualität verloren: Die revolutionäre Bewegung müsse sich zur Befreiung der Frau von den Fesseln des Patriarchats genauso bekennen, wie zur Zerschlagung von Imperialismus, Feudalismus und Kompradorenbourgeoisie.¹ Heute arbeiten 90% der erwerbstätigen Frauen in ruralen Gebieten in der Landwirtschaft. Überbleibsel feudaler Strukturen sorgen dafür, dass die Frauen dabei kaum etwas verdienen und ihnen jegliche Selbstbestimmung verwehrt wird. In den Städten sieht es nicht besser aus: Ein grosser Teil der Arbeiter_innen schuftet ohne Mindestlohn und Gewerkschaft in der Textilindustrie, wo der Frauenanteil 70% beträgt. Es zeigt sich also: Der Kampf der CPI (maoist) ist unmittelbar mit der Verbesserung der Stellung der Frau verbunden.

Durch den Hindu-Faschismus der Modi-Regierung wird der Unterdrückung der Frau zudem der Boden bereitet (vgl. Aufbau #100): Für Frauen unterer Kasten (Dalit) ist patriarchale Gewalt an der Tagesordnung und die Verfolgung der Täter jeweils inexistent. Blutige Angriffe derselben Regierung auf selbstbestimmte Strukturen in den befreiten Gebieten scheinen da nur schrecklich logisch.

Der gemeinsame Feind

Die Investitionen von Schweizer Firmen in Indien nehmen ungeachtet dieser Tatsachen jährlich zu – ein reger Austausch am WEF und das 2022 beschlossene Freihandelsabkommen sorgen dafür. Beispielsweise verkündete das Logistikunternehmen Kühne+Nagel erst Ende Oktober riesige Produktionsstätten zu eröffnen. Dies in verschiedenen Regionen Indiens, die ehemals maoistisch kontrolliert waren (Chhattisgarh / West-Bengal). Solche Firmen sind Kollaborateure in der Ermordung unserer Genoss_innen! (Zu weiteren dreckigen Machenschaften des Unternehmens: barrikade.info/article/4527.)

Während die maoistische Bewegung sich zum Ziel setzt, ihr Land von diesen Konzernen zu befreien und dabei Keime der neuen Gesellschaft sät, liegt es an uns, eben diese Konzerne hier politisch anzugreifen und dabei an die Kämpfenden in Indien zu erinnern. Ob am 8. oder 28. März: Gehen wir hier in Zürich auf die Strassen – auch in Solidarität mit den Kämpfer_innen der Revolution in Indien.

¹ Der Text ist Teil des Buches «Maoist Women in India», das 2025 erschien. Das Buch umfasst Texten zur Rolle der Frau und wirft ein Licht auf verschiedene gefallene Kämpferinnen.



Maoist_innen in Indien

ANALYSE

Lehrstücke aus Lateinamerika

Für Linke aller Strömungen und Couleur weltweit sind die Geschehnisse in Lateinamerika der letzten 20 Jahre vorzügliches Lehrmaterial – der Versuch einer Annäherung.

(gpw) Vorweg: Die Analyse hat nicht zum Ziel, den ganzen Subkontinent mit all seinen Entwicklungen und Feinheiten aufzuarbeiten oder die sich überschlagenden Entwicklungen, z.B. in Venezuela zu betrachten und beurteilen. Im Zentrum stehen Entwicklungen von Chile, Bolivien und Kolumbien und damit einhergehende verallgemeinerbaren Fragen.

Chile – die Frage der Organisation

In Chile kann man beinahe von einer gescheiterten Revolution sprechen. 2019 kam es zum sogenannten «Estallido Social», zu einem sozialen Aufstand. Entzündet am Vorhaben der Erhöhung der U-Bahn-Billetpreise in Santiago, entwickelte sich eine breite, starke und auch militante Bewegung mit den Forderungen nach tiefgreifenden sozialen Veränderungen und einer neuen Verfassung. Der Aufstand kann als Ende einer Kampfphase betrachtet werden, die schon 2006 mit den ersten grossen Student_innenprotesten begann. Mit Gabriel Boric wurde 2021 einer der Anführer der Student_innenproteste zum Präsidenten gewählt, aus europäischer Perspektive ein Sozialdemokrat mit ein wenig verbalradikaler Ausprägung. Doch für Chile kam die Wahl schon beinahe einem Erdbeben gleich. Denn während 1973 bis 1990 waren die Militärs mit Pinochet an der Macht und danach Regierungen, welche die neoliberale Verfassung, die Pinochets Generäle zusammen mit den Chicago Boys implementierten, nicht anrührten. Unter Boric wurde ein verfassungsgebender Prozess angestossen, der jedoch krachend scheiterte. Seine Regierungszeit fühlte sich als Stillstand an. Ab und zu konnte er Erfolge vorweisen, zu oft aber auch nicht: Zu wenig, zu langsam, nicht substanziell. Sozialdemokratische Politik im Dilemma. Das Resultat: Mit José Antonio Kast wurde nur fünf Jahre nach dem Aufstand ein Rechtsextremist und glühender Anhänger der Militärdiktatur zum Präsidenten gewählt. Eine progressive Verfassungsänderung wird es mit ihm nicht geben. Der Wunsch nach radikalem Wandel ist erloschen. Ein wichtiger Faktor für das Scheitern ist das Fehlen einer klar strukturierten und mit einer Vision versehenen revolutionären Kraft, die den Aufstand hätte weiterführen können bzw. wenigstens eine Organisation für die tausenden von Unzufriedenen hätte bieten können. Eruptive Ausbrüche und Massenmobilisierungen kennen wir auch in der Schweiz (wenn auch nicht in diesem Ausmass und viel zu selten). Wenn derartige Aus- und Aufbrüche nicht in starke und resiliente Organisationsstrukturen verwandelt werden können, verpufft die Energie.

Bolivien – die Frage der Einheit

2005, 2009, 2014 mit Evo Morales und 2020 mit Luis Arce gewann die «Movimiento al Socialismo» (MAS) die Präsidentschaftswahlen und regierte teilweise mit einer soliden Zweidrittelmehrheit – der Traum jeder parlamentarischen Linken. Der in den Gewerkschaften grossgewordene Kokabauer Morales stand lange Zeit für den Aufstieg der grossen indigenen Bevölkerung, die Bekämpfung des tiefverwurzelten Rassismus und den Anspruch der Arbeiter_innenklasse auf Mitsprache und Würde. Bolivien zählte neben Venezuela und Ecuador zu jenen Ländern Lateinamerikas, welche den sogenannten Sozialismus des 21. Jahrhunderts verkörperten. Durch Verstaatlichungen, insbesondere im Energiesektor, konnten breite



Auf der Suche nach neuen Allianzen: Gustavo Petro bei seiner Rede vor der UNO.



Gescheiterte Revolution: Vom Aufstand 2019 ist in Chile nicht mehr viel übrig.

soziale Programme umgesetzt werden. Doch trieben die demokratischen Sozialisten den Prozess insbesondere in wirtschaftlichen Fragen nicht weiter voran. Die nationalen Bourgeois behielten trotz starken Arbeiter_innenorganisationen viel Macht.

Die Arbeiter_innenbewegung wurde starr und unflexibel – ein Problem fast so alt wie die Bewegung selbst. Interne Machtkämpfe, der Versuch Morales' einer dritten Wiederwahl 2019, schlechte Regierungspolitik unter Arce, die Unfähigkeit mit Widersprüchen umzugehen und falsche Entscheidungen in der Wirtschaftspolitik zerstörten ein erfolgreiches radikalreformistisches Projekt. Vor zehn Jahren wurde Bolivien als wirtschaftliches Erfolgsmodell gehandelt, heute steckt es in einer tiefen ökonomischen Krise. Der Rohstoffsektor stagniert trotz grosser Lithiumvorkommen und die Inflation ist sehr hoch, sodass Medikamente und Benzin zur Mangelware werden.

Es gelang der MAS nicht, sich und ihre Politik zu erneuern, während ein grosser Teil der Klasse nach Veränderungen strebte. Seit den Wahlen im Oktober 2025 hat die MAS kaum mehr parlamentarischen Einfluss. Mit Rodrigo Paz kam ein Präsident an die Macht, der mit dem Slogan «Kapitalismus für alle» das Rennen machte. Immerhin wurde Jorge «Tuto» Quiroga verhindert, der wie Milei in Argentinien, knallharte Sparpolitik und den Abbau von Subventionen durchgesetzt hätte. Die MAS bleibt eine relevante politische Kraft ausserhalb des Parlaments, namentlich in den Kokabauergewerkschaften, den Arbeiter_innengewerkschaften, bei den Bergarbeiter_innen und in Bürger_innenkomitees, sodass Paz die Stirn geboten werden kann. Zentrale Errungenschaften, wie der plurinationale Staat, die kollektiven Rechte sowie die politische Teilhabe von Frauen und Indigenen werden wohl verteidigt werden können, bzw. wird Paz diese zumindest zu Beginn nicht antasten.

Das Scheitern nach 20 Jahren linker Politik zeigt: Unabhängig davon, ob die Machtergreifung durch Wahlen oder durch eine Revolution erfolgt, müssen Veränderungsprozesse stetig fortgeführt und vertieft werden. Bleibt man in der Hälfte des Weges stehen bleiben, droht einem das Fiasko (ähnliche Prozesse liefen z.B. auch in Ecuador ab). Den Kapitalismus nur zurückzudrängen reicht nicht, um für die Arbeiter_innen anhaltende Verbesserungen zu bewirken. Es braucht ein grundsätzlich anderes Wirtschaften. Zudem fragt sich, ob Sozialismus in einem (so kleinen) Land isoliert überhaupt möglich ist – auch eine Frage, die seit 1917 immer wieder aktuell ist.

Kolumbien – die Frage der geopolitischen Strategie

Über Jahrzehnte hinweg unterhielten Washington und die kolumbianischen Regierungen eine intensive strategische Partnerschaft, die sich über den Kampf gegen den Drogenhandel und über Sicherheits- und Wirtschaftsinteressen definierte. Die US-Regierungen waren lange die Hauptfinanciers des Krieges gegen die verschiedenen Guerillas im Land. Seit 2017 ist Kolumbien auch strate-

gischer Partner der NATO und einer der zentralen und verlässlichen Verbündeten in der Region. 2016 unterzeichnete die kolumbianische Regierung ein Friedensabkommen mit der FARC, der grössten Guerilla im Land. 2022 gewann mit Gustavo Petro ein ehemaliger Guerillero die Wahl zum Präsidenten – zum ersten Mal in der Geschichte des Landes kam ein Linker an die Macht. Petro kritisiert die US-Hegemonie, setzt auf die Befriedung des Landes («Totaler Frieden») und versucht teils erfolgreich, teils erfolglos soziale Reformen zu lancieren, grundsätzlich linke sozialdemokratische Politik, allerdings unter teils kriegsähnlichen Bedingungen. Zudem wirkt Petro frischer, kämpferischer und aufmüpfiger als etwa Boric in Chile. Das hängt unter anderem mit Petros Aussenpolitik zusammen. So blockierte Petro US-Militärflugzeuge mit abgeschobenen Migrant_innen, was Trump mit 25% Strafzöllen beantwortete. Die Maschinen landeten dennoch. Vor der UNO warf Petro der USA vor, im Namen des «Kriegs gegen Drogen» und mit dieser Migrationspolitik den globalen Süden beherrschen zu wollen. Und in New York rief er US-Soldaten zu, sie sollen «ihre Waffen gegen die Tyrannen richten». Trump regierte mit der Diffamierung Petros als «Anführer des Drogenhandels» und drohte mit militärischen Interventionen in Kolumbien. Seit der Entführung Maduros aus Venezuela wissen wir, dass dies keine leeren Drohungen sein müssen.

Petro rechtfertigt seine Neuausrichtung der Aussenpolitik als Versuch, Kolumbiens Allianzen auszuweiten und unabhängiger vom US-Hegemon zu werden. Er hat durch einen Beitritt zur «Neuen Seidenstrasse» die Beziehungen zu China vertieft und sucht Annäherungen an diverse afrikanische Länder und die arabische Welt sowie zum Nachbarn Venezuela. Venezuela war für die konservativen Regierungen in Bogotá lange keine Option.

Es bleibt abzuwarten, ob die Rechnung Petros aufgeht und eine Verbreiterung der internationalen Beziehungen möglich ist, oder ob er die historische Abhängigkeit Kolumbiens und die Tiefe der Partnerschaft mit den USA unterschätzt. Klar ist: Der Imperialismus gibt weder seine Beute auf, noch ist er einfach zu bekämpfen.

Eine Frage der Strategie

Im Rahmen eines Artikels können grosse strategische Fragen nur angeteasert werden. Es stellen sich vielen Ländern dieselben Fragen (natürlich mit anderen Nuancen). Es zeigt sich aber deutlich: Sozialdemokratische Politik kann nicht zum Sozialismus führen.

Die Linke und die revolutionäre Linke im Besonderen müssen sich mit diesen strategischen Fragen auseinandersetzen: Der Organisation und deren Formen, der Machtergreifung und deren Ausübung, den Umgang mit Widersprüchen bzw. der Einheitsfindungen im linken Lager und der Frage, mit welchen nationalen und internationalen Partnern man sich in welchem Verhältnis in Beziehung setzt. Angesichts der sich verschärfenden Krisen bleibt nicht viel Zeit, solchen Fragen auf den Grund zu gehen.

VENEZUELA

Por ahora! Wir kommen wieder

Wir sollten Venezuelas jüngere Geschichte kennen, um zu verstehen, was dort passiert. Deshalb haben wir im Rahmen des Winterquartiers gegen das Wef eine Veranstaltung gemacht, die hier auszugsweise wiedergegeben wird.

(az) Hugo Chavez prägte nach einem gescheiterten Putschversuch und seiner Inhaftierung den Ausdruck «Por ahora!»: die Bewegung hatte für den Moment verloren, doch das letzte Wort war noch nicht gesprochen: 1998 gewann Chavez die Wahlen in Venezuela. Das war keine Revolution, der Kapitalismus und die dazugehörigen Probleme blieben im Land, aber es war ein Wahlerfolg der Armutsbevölkerung und insofern ein Moment der Hoffnung und der Zuversicht, Chavez hatte ein soziales Verantwortungs-Bewusstsein. Er war einer der vielen Offiziere, die von der Guerilla FALN politisiert worden waren. Der Referent sagt: «Venezuela ist eigenartig, meines Wissens das einzige Land von Lateinamerika, in dem die Oligarchie es für unter ihrer Würde erachtet hat, eine Karriere in der Armee zu machen.» Entsprechend kamen viele Offiziere Venezuelas eher von unten, beispielsweise Hugo Chavez selbst, der halb afro-venezuelano war. Aufgrund seiner Hautfarbe wurde er von der im Westen glorifizierten «demokratischen Opposition» über Jahre als Affe rassistisch verhöhnt.

Etwa drei Jahre nach der Wahl begannen Änderungen spürbar zu werden, die Regierung ging eine Agrarreform und eine Reform der Ölwirtschaft an. «Venezuela war und ist – leider – abhängig von der Ölwirtschaft. Das war in den 70er Jahren explodiert, da gab es primär US-Investitionen in die Ölwirtschaft, das lohnte sich nach der Ölkrise, der Preis war hochgeschossen. Der mythologisierte Fluch des Öls heisst einfach, dass in diesem Land nur auf diese Karte gesetzt wird. Da kommt die Kohle rein und die kann man verwenden. Alles andere, die Entwicklung einer «economia popular» mit Arbeitsplätzen war sekundär, sogar tertiär.» Die Abhängigkeit vom Öl stellt also klar ein Problem dar, von dem sich Venezuela bisher nicht befreien konnte, obwohl gewisse Versuche unternommen wurden.

Misswirtschaft

Ab 2001 wurden Reformen beim staatlichen Erdölkonzern PDVSA öffentlich diskutiert. «Schon das gab ein Gezeter hier in den Medien. Es ist klar: Das Ölgeld floss zu einem kleineren Teil zur venezolanischen Oligarchie, in die Bourgeoisie Venezuelas, zum grossen Teil aber an die Wallstreet. So war das vorgesehen.» An Besitzverhältnissen zu rütteln, selbst wenn nur sanft, ruft die Reaktion auf den Plan. «2002 kam dann die Antwort, nämlich ein Putsch, getragen von Oligarchie und den Rechten, der dauerte drei Tage. Womit sie nicht gerechnet haben, ist dass am dritten Tag die Leute von den Bergen runter kamen, massenhaft, so viele, dass die Armee zugeben musste: Wir haben verloren. Chavez war noch am Leben und ist zurückgekehrt. Die verlogenen Medien hier haben den Putsch als «Demokratie» bejubelt. So war das und so ist das heute noch.»

Es folgte, was in den hiesigen Medien als Streik bezeichnet wurde. Sogar die NZZ entdeckte ihre Liebe zu Gewerkschaften. In Tat und Wahrheit war es aber das Gegenteil, nämlich eine Aussperrung. «Die Unternehmensleitung hat gesagt: Ab jetzt wird nichts mehr pro-

duziert, nichts mehr gefördert, nichts mehr verladen.» Da die Förderung und Verschiffung des Öls über eine Software funktionierte, die von den Unternehmern blockiert werden konnte, dauerte es zwei Monate, bis die Software geknackt war und die Produktion wieder aufgenommen werden konnte. Chavez liess 18000 Personen, die aktiv sabotiert hatten, entlassen, was mit einem schmerzhaften Verlust von Know How einherging, aber für unabdingbar gehalten wurde. Denn für die Sozialprogramme, die der Chavismus ins Leben gerufen hatte, waren die Petrodollars zwingend notwendig: Es wurden Wohnungen gebaut, das Gesundheitswesen ausgebaut – mit Hilfe Kubas – Bildungsprogramme auf die Beine gestellt und Kommunen gegründet. Unter Maduro wurden diese Programme fortgeführt.

Die Angriffe des Kapitals verschärften sich unter Maduro allerdings. 2016 wurden die Lebensmittel künstlich verknappt, sinnbildlich dafür verantwortlich waren die «Empresas Polar», der Bierbrauer mit Monopolstellung in Venezuela, der dafür sorgten, dass kein Mehl mehr käuflich erhältlich war, es gab aber auch kein WC-Papier, das stapelte sich in Lagerhäusern oder auch keinen Zucker, Güter des alltäglichen Bedarfs. Der Masterplan dahinter ist offensichtlich, der Mangel sollte dafür sorgen, dass sich die Armutsbevölkerung gegen die chavistische Regierung erhebt.

Sanktionen töten

«Die Übersterblichkeit betrug 2018 gemäss Spitalangaben 40'000 Menschen, die einzige Erklärung waren die Sanktionen. Die US Sanktionen kosten gemäss der Studie der Medizinzeitschrift «the Lancet» einer halben Million Menschen das Leben, jährlich, das ist heftig.» Die Wirtschaftspolitik Venezuelas kann durchaus kritisiert werden, insbesondere nach dem Tod von Hugo Chavez gelang es nicht, die unverhüllten Angriffe abzuwenden. Aber die Kritik an der Wirtschaftspolitik verblasst vor der Dimension des Angriffs durch Sanktionen.

Die ersten, noch milden Sanktionen, erfolgten unter Bush, es war jedoch Obama 2015, der verschärfte und die Frage mit der «nationalen Sicherheit der USA» verknüpfte. Internationale Unternehmen, vor allem US-amerikanische, zogen sich aus Venezuela zurück, was eine herbe Welle von Desinvestition bedeutete. Nochmals verschärft wurden die Sanktionen unter Trump in der ersten Amtszeit, indem er alle Unternehmen und Länder, die mit Venezuela Handel betrieben, zur Strafe sanktionieren liess. «Sekundäre Sanktionen nennt sich das, die haben Venezuela abgeschnitten vom Finanzverkehr, keine Bank wollte mehr mit Venezuela in Verbindung gebracht werden. Venezuela konnte keine Schulden mehr bezahlen und war damit faktisch zahlungsunfähig. Nach dieser Totalisierung der Sanktionen ist wirklich Armut ausgebrochen, die bis heute anhält. Eine Freundin, sie war an der Universität angestellt, bekommt beispielsweise drei Dollar Rente, davon kann man auch in Venezuela keinen Tag lang leben. Es gab die Massene migration, Millionen sind ausgewandert, weil man nicht mehr überleben konnte. Zuerst sind natürlich die anti-Chavistas gegangen. Gerade die Venezolaner_innen in der Schweiz sind mehrheitlich stinkrechts, Mittelstand aufwärts.»

In den letzten drei Jahren hatte sich die Lage zum

Glück entschärft, insbesondere durch Deals mit der Biden-Regierung. «Heute hat Venezuela fast hundertprozentige Selbstversorgung in Sachen Nahrungsmitteln, das ist ein Erfolg. Leider nicht hauptsächlich wegen den Kooperativen, sondern wegen Kapitalunternehmen, die investiert haben.»

Demokratie?

Die Wahlen von 2024 haben in westlichen Medien viel zu sprechen gegeben, es wird behauptet, die Opposition, die Machado-Fraktion, habe mit 70% haushoch gewonnen. Tatsächlich hat die Regierung die Wahldokumente nicht publiziert und macht sich damit des Wahlbetrugs verdächtig.



Flyer für Spontandemo

Die oppositionellen Kräfte haben allerdings noch bei jeder Wahl gejammert, es liege Wahlbetrug vor und belegen konnten sie es noch nie. Dennoch scheint das «aufgeklärte» Europa den angenommenen Wahlbetrug für einen legitimen Grund für einen Regime-Change halten zu wollen. Dass Trump nun keinen Regime-Change anstrebt, sondern von Regime-Management spricht, Machado offen desavouiert und sogar sagt, sie könne das Land nicht stabil regieren, das Wort Demokratie dabei noch nicht einmal in den Mund nimmt, bereitet unter europäischen Staatsmenschen etwas Sorge. Hier wünschte man sich einen eleganteren Imperialismus. Diese Sorgen sind dann aber doch nicht gross genug, um mit den USA auf Konfrontation zu gehen.

Das ewige Gerede über die «Diktatur» unter Maduro führt für unsereins dazu, dass wir angefeindet werden, wenn wir die Entführung Maduros verurteilen, sogar als menschenverachtend denunziert werden. «Wenn die sogenannte linke Kritik demobilisiert, statt zu fragen: Wer ist der Feind? Wo ist der Gegner? dann haben wir ein Problem. Man kann durchaus Widersprüche haben, aber der Angriff ist klar.»

Die Zukunft ist noch nicht geschrieben

In Venezuela sind Massen mobilisiert. Es lässt sich nicht sagen, wie die Mehrheitsverhältnisse sind, aber es ist sicherlich ein beachtlicher Teil der Bevölkerung, der bereit ist, gegen den Imperialismus zu kämpfen. Die USA pflegen im Moment das Narrativ, dass jetzt alle Chavistas spüren, dass sie genau das tun, was Trump von ihnen verlangt und sie geben sich selbstverliebt in diese Siegerpose. «Die Amis entscheiden jetzt, welches Öl wie exportiert wird. Ja, das stimmt! Sie haben ja die militärische Macht, alles andere zu verhindern. Allerdings hat die Regierung Maduro seit Monaten verlangt, dass ähnlich wie die Chevron-Exporte aus Venezuela, die ja von Trump bewilligt wurden, mehr Öl das Land verlassen kann. Die Amis lassen das jetzt zu. Sie verbreiten dieses Sieger-Bild von sich. Das entspricht nicht ganz der Realität. Ich sage nicht, dass wir gewinnen, aber wir wissen es nicht.» Die nächsten Monate werden es zeigen, Venezuela hat schon mehr als einmal bewiesen, dass die Geschichte noch nicht geschrieben ist. Jetzt steht es unter einer noch härteren Belastungsprobe.



Transparent im Rahmen der «Trump still not welcome»-Demonstration in Zürich gegen das WEF 2026

HISTORISCHES BEWUSSTSEIN

Was die feministische Bewegung von Luxemburg und Zetkin lernen kann

Aktuell bilden die feministischen Bewegungen weltweit eine der wichtigsten politischen Kräfte gegen Krieg und faschistische Tendenzen. Bereits angesichts des ersten imperialistischen Weltkrieges war es die proletarische Frauenbewegung, welche unermüdlich gegen den Krieg, für einen revolutionären Klassenkampf und den proletarischen Internationalismus agitierte. Ihre Geschichten bieten Orientierung in unserer heutigen, politischen Praxis.

(agfk) Wir befinden uns in einer Phase, in der Militarisierung und Kriegstreiberei massiv zunehmen. Das hat System, denn Kapitalismus bedeutet immer auch Krieg. Aber auch wenn Militarismus ein zentraler Aspekt des bürgerlichen Staates darstellt, so bedarf es dennoch einer materiellen und ideologischen Vorbereitung, um schwelende Kriegstendenzen in aktive Konflikte zu wandeln. Kriegspropaganda breitet sich oft schleichend aus, qualitative Sprünge wahrzunehmen setzt eine politische Analyse voraus. Kerninstrument dafür ist ein klarer politischer Kompass, der im Namen des Proletarischen Internationalismus immer auch den Klassencharakter der Militarisierung hervorhebt und zur internationalen Solidarität aufruft. Diese widerständige Politik auch in Kriegszeiten aufrechtzuerhalten ist herausfordernd.

Das zeigt auch der Blick zurück in die Geschichte der proletarischen Arbeiter_innenbewegung während des ersten imperialistischen Weltkrieges: Mit Kriegsbeginn brach die II. Internationale zusammen. Ihre politischen Beschlüsse der vorangegangenen Jahre – für den Frieden und gegen die imperialistische Kriegstreiberei – entpuppten sich mit Ausbruch der Kampfhandlungen als reine Worthülsen. Im deutschen Parlament stimmten die Sozialdemokraten sogleich für die Kriegskredite, Karl Liebknecht stimmte als Einziger der SPD-Reichstagsfraktion dagegen. Die Parteiführungen der deutschen, wie auch der sozialdemokratischen Parteien aus den anderen kriegstreibenden Nationen verrieten ihre Grundsätze. Dieser Verrat und die Unterordnung beziehungsweise Integration der Sozialdemokraten in die bürgerliche Staatsordnung gipfelte in Deutschland im Ausverkauf der Novemberrevolution. Darauf folgte die endgültige Spaltung in eine reformistische und eine revolutionäre sozialistische Bewegung, worauf 1919 die KPD (Kommunistische Partei Deutschland) gegründet wurde. Von Kriegsbeginn an waren es allein die revolutionären Sozialdemokrat_innen, welche konsequent die Beschlüsse des Basler Sozialistenkongress von 1912 auch in die Praxis umsetzten. Sie blieben ihrer klassenkämpferischen Politik und dem Proletarischen Internationalismus treu. Rosa Luxemburg war eine ihrer unermüdlichsten und mutigsten Agitatorinnen und Clara Zetkin schaffte es sofort, die prole-

tarische Frauenbewegung für den Frieden zu mobilisieren.

Die Schweiz als Schauplatz internationalistischer Bestrebungen

1915 war die Schweiz erneut ein wichtiger Schauplatz der Geschichte des Klassenkampfes. Hier wurden gleich zwei internationalistische Konferenzen gegen den Krieg abgehalten. Erst fand vom 26.-28. März in Bern die internationale Konferenz sozialistischer Frauen gegen den Krieg statt. Im September folgte dann die bekannte Zimmerwalder Konferenz. Erstere wurde massgeblich von Clara Zetkin initiiert und es nahmen Genossinnen aus Deutschland, Frankreich, England, Russland, Polen, Italien, Holland und der Schweiz daran teil. Es war die erste Anti-Kriegs-Konferenz unter Beteiligung von Genoss_innen aus den Nationen der Mittelmächte, der Entente und der «neutralen» Staaten. Während der rechte Flügel der Sozialdemokrat_innen von Vaterlandsverteidigung schwafelten, benannte die Konferenz als Ursachen des Krieges den kapitalistischen Imperialismus. In ihrer Resolution heisst es: «Er ist letzten Endes heraufbeschworen worden durch das Bedürfnis der ausbeutenden und herrschenden Klassen in den einzelnen Ländern. Im Konkurrenzkampf untereinander versuchen sie, die Ausbeutung und Herrschaft über die Grenzen des Heimatstaates hinaus auszudehnen und dadurch gleichzeitig diese ihre Ausbeutung und Herrschaft über die besitzlosen Volksgenossen daheim zu befestigen und zu verewigen.» Die Resolution hielt fest, dass dieser Krieg im unversöhnlichen Gegensatz zu den Interessen der Arbeiter_innenklassen der kriegsführenden sowie neutralen Staaten steht. Die sozialistischen Frauen stellten entsprechend klar: «Krieg diesem Kriege!» und forderten: «einen Frieden ohne Annexionen, ohne Eroberungen, der das Recht der Völker und Nationalitäten – auch der kleinen – auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit anerkennt und keinem der kriegführenden Staaten demütigende, unerträgliche Bedingungen auferlegt.» Ihnen war klar, dass diese Forderungen im Rahmen der herrschenden imperialistischen Interessen nur durch eine proletarische Massenbewegung erzwungen werden konnte. Deshalb riefen die Genossinnen alle proletarischen Frauen dazu auf, «alle vorhandenen Mittel und Wege zu benutzen, um ohne Furcht vor Hindernissen und Verfolgungen durch Massenkundgebungen jeder Art ihr internationales Solidaritätsbewusstsein und ihren Friedenswillen zu bekunden.»

Dieser mutige Aufruf von Zetkin und ihren Genossinnen darf in seiner Radikalität nicht unterschätzt werden, zumal die Herrschenden unter dem damals geltenden Kriegsrecht alle Register der Repression zogen, um jegliche Opposition bereits im Keim zu ersticken.

Die Verfolgung und Ermordung von Rosa Luxemburg

Auch die aktuellen Entwicklungen heute verdeutlichen, dass Militarisierung und wachsende Aggressionen gegen aussen stets zu einer Zunahme von Repression gegen innen führt. Kein Wunder, wissen die Herrschenden doch genau um die Fragilität ihres sogenannten Vaterlandstolzes. Die Geschichte zeigt, dass Kriegspropaganda als Mittel zur Mobilisierung und Instrumentalisierung der Massen für den Krieg nur bedingt Wirkung zeigt. Um Soldaten und Zivilbevölkerung damals wie heute angesichts Kriegsgräu- el, Versorgungsknappheit und Hunger auf Linie zu halten, muss auf nackten Zwang und rohe Gewalt zurückgegriffen werden. Politische Kräfte, welche eine Perspektive auf Frieden zu gestalten vermögen, werden im Namen des Kriegsrechts zum Schweigen gebracht. Es überrascht also nicht, dass Luxemburg mit ihrer unerschrockenen Agitation gegen den Krieg bereits vor dessen offiziellen Ausbruchs mit verschärfter Repression zu kämpfen hatte. Im Februar 1914 wurde sie zu 14 Monaten Haft verurteilt, ein ungewöhnlich hartes Urteil angesichts ihrer Handlungen: Rosa hatte in einer Rede die Arbeiter dazu aufgerufen, erst ihr Gewissen zu befragen, bevor sie gegen ihre Klassenbrüder in den Krieg ziehen. Der Staatsanwalt selbst offenbarte den politischen Charakter dieses Prozesses, indem er in seinem Plädoyer sagte: «Was die Angeklagte getan hat ist ein Attentat auf den Lebensnerv unseres Staates». Kurz darauf, im Frühling 1914, wurde Luxemburg vom Kriegsminister wegen Beleidigung des Offiziers- und Unteroffizierskorps angeklagt. Gegenstand war in diesem Fall ihre Aussage, wonach Misshandlungen der einfachen Soldaten im deutschen Heer an der Tagesordnung stünden. Luxemburg versuchte sich nicht etwa herauszureden. Sie nutzte die Gelegenheit, um einen politischen Prozess zu führen und den Wahrheitsgehalt ihrer Aussage vor einem breiten Publikum



Zetkin und Luxemburg auf dem Weg zur Tagung in Magdeburg

offenzulegen. Entgegen dem anfänglichen Widerstand des Parteivorstands – dessen Burgfriedenspolitik zeichnete sich zu diesem Zeitpunkt bereits deutlich ab – rief Luxemburg Soldaten über die Parteipresse dazu auf, von ihren Erfahrungen zu berichten. Als die Verhandlungen einen Tag nach dem Attentat in Sarajevo begannen, verfügte sie über 30'000 Zeugnisse von Misshandlungen. Sie konnte auf 922 Zeugen zurückgreifen, die allesamt bereit waren vor Gericht ihre ursprüngliche Aussage zu wiederholen. Im Umfeld der Regierung kamen Unsicherheit und Bedenken auf, woraufhin die Verhandlung auf unbestimmte Zeit vertagt wurde.

Die ersten Kriegsjahre verbrachte Rosa Luxemburg also in Gefangenschaft und auch kurz nach ihrer Freilassung 1916 wurde sie wieder in «Schutzhaft» genommen: zur Abwendung einer Gefahr für die Sicherheit des Reichs, wie es damals hiess. Clara Zetkin widerfuhr ein ähnliches Schicksal, wenn auch für kürzere Zeit. Sie wurde 1915 mehrmals verhaftet, einmal war sie für vier Monate aufgrund versuchten Landesverrats inhaftiert. Sie hatte unter anderem mit einem Aufruf an die Arbeiter_innen aller Länder dazu aufgefordert, mit Sabotageakten gegen den Krieg zu kämpfen. Rosa blieb bis zur deutschen Novemberrevolution 1918 in Schutzhaft. Die KPD forderte die weitere Entfaltung der Revolution, die Sozialisierung der Grossindustrie und die Errichtung einer Rätedemokratie. Dies wurde durch die Sozialdemokrat_innen verhindert. Sie waren zu ihrer eigenen Machterhaltung einen Deal mit der Militärführung eingegangen. In diesem politischen Ringen wurde wiederholt öffentlich zur Ermordung von Luxemburg und Liebknecht aufgerufen. Nachdem der Spartakusaufstand durch einen Schulterschluss von SPD, Militär und rechten Freikorps blutig niedergeschlagen wurde, mussten sie abtauchen. Am 15. Januar 1919 wurde Rosa Luxemburg jedoch

wie Karl Liebknecht von Reichswehrtruppen aufgegriffen und ermordet.

Von den Genossinnen lernen und weiterkämpfen

Die Analyse der sozialistischen Frauen in Bern, wonach der Krieg nur durch den Kampf gegen die Klassenfeinde im eigenen Land beendet werden kann, bewahrheitete sich: Es war die russische Revolution 1917 und die Novemberrevolution in Deutschland, welche dem Kriegstreiben ein Ende setzten. Luxemburg, obwohl dazu gezwungen die revolutionären Umwälzungen in Russland aus dem Knast heraus zu verfolgen, schrieb treffend: «Die Aktion für den Frieden kann eben in Russland wie anderwärts nur in einer Form entfaltet werden als revolutionärer Klassenkampf gegen die eigene Bourgeoisie, als Kampf um die politische Macht im Staate.»

Auch in der Schweiz finden wir Genoss_innen, die nach 1916 massgeblich an dieser Linie festhielten und an einer revolutionären Organisation beteiligt waren. Zb. Leonie Kascher, die tragend für die Positionsfindung jener Gruppen war, die sich später zur KPS (Kommunistische Partei Schweiz) zusammengeschlossen haben. An der politischen Geschichte Kaschers lässt sich der Einfluss der Zimmerwälder Linken auf die Revolutionär_innen exemplarisch nachzeichnen. Im März 1919 ergriff sie am Gründungskongress der III. Internationale in Moskau das Wort, obwohl sie nur inoffizielle Vertreterin der erst gerade gegründeten KP der Schweiz war. Was sie forderte war der Bruch mit dem Opportunismus und Reformismus, war die Abspaltung der revolutionär gesinnten Genoss_innen von der Sozialdemokratischen Partei und die Gründung einer einheitlichen revolutionären kommunistischen Partei in der Schweiz. Diese sollte sich wieder am Proletarischen Internationalis-

mus orientieren. Diese Position war innerhalb der Linken in der Schweiz heftig umstritten. Trotzdem setzte sie sich zwei Jahre später durch und die ehemaligen Parteilinken innerhalb der Sozialdemokraten fusionierten mit der bereits bestehenden Kommunistischen Partei.

Heute sehen wir wieder in aller brutaler Deutlichkeit, was die Genoss_innen bereits vor hundert Jahren wussten: Kapitalismus bedeutet Krieg. Erst eine revolutionäre Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse kann dauerhaften Frieden bewirken. Luxemburg, Zetkin und ihre Genoss_innen haben es geschafft, im Rahmen der Arbeiter_innenbewegung diese Perspektive fass- und greifbar zu machen – und bezahlten dafür mit ihrer Freiheit und ihrem Leben. Es wäre vermessen zu behaupten, dass die revolutionäre Linke heute an einem vergleichbaren Punkt steht. Nichtsdestotrotz ist es unsere Überzeugung angesichts der zunehmenden Militarisierung innerhalb unserer Gesellschaft und aktiver Kriege auf der ganzen Welt, Zetkin und Luxemburgs Positionen und Aufrufe als Orientierung aufzunehmen. Gerade in den feministischen Bewegungen gilt es, dieses historische Bewusstsein zu stärken. Das Studium der revolutionären Widerstandsgeschichte macht greifbar, dass antipatriarchale, antiimperialistische und klassenkämpferische Positionen miteinander verbunden werden müssen. Oder um es mit den Worten des Kongresses der sozialistischen Frauen zu sagen: «Der jetzige Krieg weist mit dem Kampfe für den Frieden den Frauen eine geschichtliche Rolle zu, die, wenn sie begriffen und erfüllt wird, von der grössten Tragweite für die Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechtes und das Gelingen für den Sozialismus werden kann. (...) Die Friedensaktion der sozialistischen Frauen muss Vorläuferin einer allgemeinen Bewegung der werktätigen Massen für die Beendigung des Brudermordes sein.»

AUFRÜSTUNG

Kampf um die Köpfe

Militarisierung und Aufrüstung sind nicht nur eine Frage der Industriepolitik, sondern finden auch ideologisch statt. Eine aktuelle Übersicht.

(az) Auch die Kriege rhetorik geht mit der Zeit: Wo in der geistigen Landesverteidigung ab den 30er-Jahren noch das wehrhafte Vaterland und glühende patriotische Liebe beschworen wurden, wird heute (noch) von gesellschaftlicher Resilienz und Widerstandsfähigkeit geredet. Man will mit «Schweizer Narrativen» in der Verteidigung des Informationsraums entgegenhalten. Neben der Infrastruktur und der Industriepolitik wird auch in puncto Information, Kommunikation und Ideologie aufgerüstet. Ein vorläufiger Meilenstein dieser Aufrüstung ist die neue sicherheitspolitische Strategie der Schweiz. Sie ist zurzeit in der Vernehmlassung und soll dem bürgerlichen Schweizer Staat einen qualitativen Sprung ermöglichen. Nachdem im VBS unter Viola Amherd noch rüstungspolitisches Flickwerk herrschte, schlägt ihr Nachfolger Martin Pfister einen strategischeren Weg ein. Die möglichst breite Unterstützung für die Aufrüstungspolitik ist dabei schon ein wichtiger Meilenstein. Dafür zu werben und Legitimation herzustellen ist ein zentrales Handlungsfeld der Aufrüstung. Kapitalinteressen sind integraler Bestandteil der Massnahmen und werden auch ideologisch in das entworfene Selbstbild der Schweiz eingewoben.

Der Krieg um die Köpfe wurde also intensiviert. Der Schweizer Staat reagiert auf die instabile Weltlage als erstes mit Konsolidierung nach innen. Das Bewusstsein der Schweizer Bevölkerung für die verschärfte Weltlage soll erhöht werden, um damit die Bereitschaft, die Schweiz «mit allen Mitteln zu schützen und zu verteidigen», zu steigern. Im Vergleich zu Deutschland ist das Narrativ weniger martialisch und offensiv. Doch auch hier soll das Proletariat die gesellschaftlichen Widersprüche vergessen, um sich für die Nation aufzuopfern. Es besteht einmal mehr die Gefahr, dass auch viele reformistische Kräfte sich von den Sirenenklängen des Vaterlandes anlocken lassen.

Denunzierende Lehrpersonen

Die Schweizer Bevölkerung auf Verteidigung und Krieg zu trimmen, funktioniert auf mehreren Ebenen. Eine Ebene ist die ideologische und repressive Abwehr nach innen – von allem, was «extrem» oder «radikal» ist. Unter diesen Stichworten werden schon lange auch linke politische Kräfte kategorisiert. Seit 2015, als die Gefahr von IS-Rückkehrern in die Schweiz drohte, hat sich ein neues Frühwarn- und Interventionssystem gegen «Extremismus» entwickelt und wird bereits angewandt. Die Definition dessen, was abgewehrt wird, ist bewusst vage gehalten und kann beliebig auf Gruppen wie Fussballfans oder Coronaskeptiker_innen ausgeweitet werden. Die Zusammenarbeit zwischen Nachrichtendienst, Polizei

und Strafverfolgung auf der einen Seite und Sozialarbeit, Schulen und zivilgesellschaftlichen Akteur_innen auf der anderen Seite wird intensiviert. Die neuen «Fachstellen für Radikalisierung» nehmen in diesem Dispositiv eine Schlüsselrolle ein, indem sie die Akteur_innen zusammenbringen, vernetzen und auf eine gemeinsame Linie einschwören sollen.

Wenn Jugendliche oder Erwachsene radikal auftreten, extreme Meinungen äussern oder gar gewalttätiges Verhalten gutheissen, können und sollen sie beispielsweise von Lehrpersonen, Fussballtrainer_innen, Sozialarbeiter_innen oder besorgten Nachbar_innen bei den Beratungsstellen gemeldet werden. Diese nehmen eine Gefahreinschätzung vor, unterstützen im Umgang mit den

nach Innen. Ergänzt werden diese Massnahmen von einer Revision des Nachrichtendienstgesetzes, das eine Ausweitung von Abhörmassnahmen auf «gewaltextremistische» Kräfte vorsieht.

«Schweizer Narrative»

Die Aufrüstung nach innen muss aber auch ideologisch legitimiert werden. Dort formuliert die sicherheitspolitische Strategie klare Ziele. Unter dem Stichwort politische Bildung sollen Lehrpläne überprüft und angepasst werden. Damit soll einerseits «Desinformation» bekämpft werden, andererseits ist auch staatspolitische Erziehung Teil dieser Revisionen. Damit sollen Jugendliche systematisch an das neue Bedrohungsnarrativ und die Vaterlands- liebe gewöhnt werden.

Der Thinktank Swiss Institute for Global Affairs (SIGA) hat im Januar 2026 ein beachtetes Diskussionspapier in Umlauf gebracht. Dieses lanciert einige Vorschläge bezüglich der Gestaltung von Narrativen («Willens- und Verfassungsnation») und schlägt vor, die Akteur_innen im Bereich «Wissen» stärker zu vernetzen – sprich, die Kooperationen von Nachrichtendienst, Forschung, Kommunikation und Information zu verstärken, um den Informationsraum stärker zu schützen.

Auch die zivile Integration in die Aufrüstung ist ein entscheidendes Handlungsfeld. Medial viel beachtet wurde beispielsweise der Vorschlag des SIGA, in der Schweiz eine paramilitärische Heimwehr zu gründen. Auch Vorschläge wie ein Milizarmee-Wertschätzungstag oder ein Tag, an dem alle Armeeangehörigen in Uniform zur Arbeit gehen, gehören in diese Kategorie. Damit soll die Militarisierung im Alltag verankert werden.

Schliesslich soll die Zivilgesellschaft, also beispielsweise Kunst und Kultur, Literatur, Game-Design usw., dafür gewonnen werden, sich «Uneindeutigkeit, Unkonventionalität oder normativen Verschiebungen» anzunehmen und «good narratives» mitzuschreiben. Dass diese Narrative darauf hinauslaufen sollen, die Vorzüge der Schweiz zu betonen, ist ein naheliegender Verdacht.

Viele dieser Massnahmen werden zurzeit diskutiert und sind noch Zukunftsmusik. Die sicherheitspolitische Strategie wird aber wohl mit ihren wesentlichen Bestandteilen verabschiedet werden und die Grundlage für weitere ideologische Massnahmen im militarisierten «Informationsraum» bieten. Es zeigt sich klar eine Richtung. Diese Entwicklung erfordert eine konsequente antimilitaristische Haltung in Zeiten des Kriegsgeheuls. Die Denunziation des vaterländischen Zerrbildes und die Erarbeitung einer revolutionären Alternative dazu werden uns noch lange beschäftigen.



Aufgerüstete Köpfe tragen Helme: Plakat der KPS aus den 1930er-Jahren

Personen, «helfen» und informieren gegebenenfalls die Polizei. Wo noch keine solchen Beratungsstellen existieren, landen solche Anfragen auch direkt bei der Gefahrenabwehr der Polizei. Damit werden soziale Akteur_innen als Frühwarnsystem, zur Denunziation und zur ideologischen Abwehr herbeigezogen. Eine Form der Aufrüstung

SCHWEIZER WAFFEN

Die Waffenindustrie als Feind im eigenen Land erkennen

Die SIG Sauer Inc., ist ein US-amerikanisches Unternehmen, das historisch aus der «Schweizerischen Industrie-Gesellschaft» (SIG) hervorgegangen ist. Es beliefert die Armee Israels mit hochentwickelten Maschinengewehren. Mit entsprechender Unternehmensstruktur gilt das im bürgerlichen Rechtsstaat als legal: Ein Blick in die Gegenwart der Schweizer Rüstungsindustrie.

(agfk) Wirtschaftlich ist die Bedeutung der Schweizer Rüstungsindustrie zwar begrenzt. Gemäss gut fünf Jahre alter Studie des Bundes hängen am Export von Kriegsmaterial und militärischen Gütern sowie an der inländischen Rüstung knapp 5000 Arbeitsplätze – die Zahlen der rüstungsnahen Produktion nicht eingerechnet. Dennoch hat die Rüstungsindustrie wirtschaftlich zumindest eine regionale und zudem eine politische und nostalgische Bedeutung, die in den letzten Jahren wieder verstärkt in den Fokus rückt.

Wer sich von der Lebendigkeit der Schweizer Rüstungsindustrie überzeugen will, werfe beispielsweise einen Blick auf mehrere Medienmitteilungen vom Dezember 2025. Das Bundesamt für Rüstung armasuisse organisierte am 1. Dezember 2025 mit dem Branchenverband SWISS ASD (Aeronautics, Security and Defence), den Schweizer Missionen von NATO und EU sowie der bilateralen Botschaft in Brüssel den zweiten «Swiss Defence Industry Day». Zweck dieser Veranstaltung sei die Pflege internationaler Kontakte und die Positionierung der Schweiz als attraktiven Standort für die Rüstungsindustrie. Ebenfalls im Dezember wird bekannt gegeben, dass Bundesrat und Parlament das Kriegsmaterialgesetz dahingehend lockern wollen, dass die Schweiz auch Staaten mit Waffen beliefern könne, die sich in bewaffneten Konflikten befinden. Zudem sollen Kriegsgüter einfacher weiterverkauft werden dürfen. Einzig der Bundesrat solle einschreiten können, wenn er die sogenannte «Neutralität» der Schweiz übergangen sähe. Des Weiteren wird in einer Medienmitteilung der SIG Sauer AG informiert, dass die armasuisse (Bundesamt für Rüstung) ihre Pistole P320 als neue Dienstpistole der Schweizer Armee ausgewählt habe. Dieser Auftrag sei ein «starkes Bekenntnis» zur Schweizer Industrie und ein wichtiger Meilenstein für den Standort in Neuhausen am Rheinfl. Die neue Pistole stehe für «Swissness, Qualität und eine lange industrielle Tradition in Neuhausen am Rheinfl».

Wer sich mit SIG Sauer befasst, trifft auf eine Struktur zweier wechselseitig abhängiger Unternehmen: Eines mit Standort in den USA, das andere mit Standort in der Schweiz. Im Folgenden wollen wir zeigen, wie diese Konstruktion funktioniert und damit exemplarisch die internationalen Verflechtungen der Schweizer Rüstungsindustrie sichtbar machen.

Waffen mit «Swissness» in der Hand israelischer Soldaten im Gaza-Krieg

Im April 2022 veröffentlichte die SIG Sauer AG (CH) auf ihrer News-Seite eine Medienmitteilung der SIG Sauer Inc. (USA). Dieser sei ein historischer Schritt in der Weiterentwicklung von Infanterie-Waffen gelungen. Das leichte Maschinengewehr (LMG) XM250 habe eine vergleichsweise grössere Reichweite und Durchschlagskraft und verringere die Belastung der Soldaten auf dem Schlachtfeld durch weniger Gewicht, Schalldämpfer etc. Nicht nur das neu entwickelte LMG XM250, womit sich auch der Standort Neuhausen zu identifizieren scheint, sondern auch das Maschinengewehr SIG Sauer MG338, werden über das US-Regierungsprogramm «Foreign Military Sales» (staatlicher Rüstungsexport) an die israelische Armee (Israel Defense Forces, IDF) verkauft. Beim MG338 handelt es sich um ein mittelschweres, jedoch deutlich leichteres Maschinengewehr als jenes, das die IDF davor einsetzte. Es habe eine sehr starke Distanzleistung (ca. 1700 m). Bald ist die Infanterie der IDF also sowohl für den agilen Kampf im Gelände wie auch für den Beschuss aus weiter Distanz mit Waffen der SIG Sauer Inc. ausgerüstet. In einem Videobericht von i24News wird das MG338 durch die IDF vorgestellt und dargelegt, dass es bereits 2025 im Gaza-Krieg eingesetzt und breit getestet worden sei. Doch was hat das mit der Schweizer Rüstungsindustrie zu tun?

SIG Sauer ist ein international bekannter Markenname. Die Unternehmen, die unter dem Namen SIG Sauer tätig sind, stehen seit 2000 im privaten Besitz der Lücke & Ortmeier Holding Gruppe (L&O Holding) mit Sitz in



Angehörige der israelischen Armee beim Test einer Waffe der SIG Sauer.

Emsdetten (Deutschland). Unter dem SIG-Dach befinden sich die SIG Sauer Inc. (USA), die SIG Sauer AG (Schweiz) und bis 2020 die SIG Sauer GmbH & Co. KG (Deutschland). Die verbliebenen zwei Unternehmen agieren eigenständig, doch sie teilen sich das Marken- und Eigentümerkend und dadurch auch Verstrickungen in Kriege.

Unternehmerische Arbeitsteilung als Strategie

2021 wurden drei Gesellschaften und drei Geschäftsführer von SIG Sauer (Deutschland und USA) aufgrund illegaler Waffenexporte nach Kolumbien zu Geld- und Bewährungsstrafen verurteilt. Der 2014 eingeleitete strafrechtliche Prozess gegen SIG Sauer trug zur weiteren Schwächung des ohnehin schwächelnden Standorts in Deutschland bei, der 2020 aufgegeben wurde. Die Waffen, die über die USA an Kolumbien gelangten, wurden in der deutschen SIG Sauer produziert. Kolumbien befand sich damals im Konflikt mit paramilitärischen- und Guerillagruppen wie der FARC – Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia. Laut Deutschem Gesetz dürfen Kriegs- und Bürgerkriegsgebiete nicht mit Waffen beliefert werden. Der Export in die USA war genehmigt, nicht aber der Re-Export (Wiederausfuhr) über die SIG Sauer Inc. an die kolumbianische Nationalpolizei (PNC). Es lief also nicht immer alles reibungslos bei SIG Sauer. Erkenntnisse aus unternehmerischen Fehlern machen strategische Entwicklungen erforderlich. Heute prägt und schützt die Eigenständigkeit der jeweiligen Unternehmen die Marke und das Handeln der SIG Sauer.

In den USA spezialisiert sich die SIG Sauer grob gesagt auf grössere Serien, in der Schweiz auf Präzision. Weil die SIG Sauer nicht börsennotiert, sondern in Privatbesitz sind, werden ihre finanziellen Kennzahlen, wie z.B. Umsatz und Gewinn, nicht transparent veröffentlicht. Zur eigenen Geschichte schreibt die SIG Sauer Inc. (USA) auf ihrer Website: «Born in Europe, perfected in America». Die Beschreibung beginnt mit der Darstellung der Schweizerischen Industrie Gesellschaft SIG, die als Waggonfabrik oberhalb des Rheinfls ihren Anfang nahm und ab den 1860er-Jahren mit der Waffenproduktion im Auftrag der Schweizer Armee begann (bekannte Dienstwaffen u.a. Vetterli-Gewehr und Sturmgewehre 57 und 90). Weiter wird dargestellt, dass sich das Interesse der SIG in den 1980er-Jahren auf den US-amerikanischen Markt richtete, der zu einem wichtigen Bestandteil ihres Geschäftsplans werden sollte. Die SIG wollte ihren Marktanteil ausbauen und zu einem internationalen Marktführer der Kleinwaffenindustrie werden.

Das Schweizer Qualitätsimage und die US-amerikanische Marktmacht verschaffen den SIG Sauer hierzulande wie auch in den USA diverse Vorteile. Vom gegenseitigen Technologie- und Wissenstransfer profitieren die Unternehmen gegenseitig. SIG Sauer AG produziert in der Schweiz qualitativ sehr hochwertige, dafür teurere und

kleinere Serien. Kombiniert mit der US-Produktion von grossen Mengen, die schnell verfügbar gemacht werden können, bleibt die Marke stabil und ihr Umsatz beträchtlich. In den USA sind die Waffengesetze weniger restriktiv als in der Schweiz, weshalb die Absatzmöglichkeiten entsprechend breiter sind. Die SIG Sauer nutzt ihre Unternehmens- und Standortstruktur so, dass sie gesetzeskonform Profit aus Kriegen, nationaler Verteidigung, staatlichem Gewaltmonopol, privatem Sicherheitswahn und Jagd schlagen kann. Noch gewährt die Schweiz keine Exporte an Kriegsparteien – wobei die USA seit Jahrzehnten mit Abstand Hauptabnehmer Schweizer Waffen sind, auch während ihrer Kriegstreiberei im Irak und in Afghanistan.

Waffenlieferung an einen Staat, der Genozid begeht

Für uns bedeutet Solidarität mit Palästina, das Kapital bzw. den gemeinsamen Feind im eigenen Land zu bekämpfen. Am Beispiel der SIG kann nachvollzogen werden, inwiefern Schweizer Unternehmen international verflechtet und so auch an Kriegen und menschlichem Leid beteiligt sind. Das ist durchaus gewollt. So hat die Waffenlieferung an Israel keinen Einfluss auf die Geschäfte des Schweizer Staates mit der SIG Sauer AG am Rheinfl. Die Geschichte von SIG Sauer ist aber nicht nur die einer Waffenproduktion, sondern auch eine in Sachen Profitmöglichkeiten im Kapitalismus. Rechtliche Schranken können mit internationalen Firmenkonstrukten umgangen werden. Das zeigt SIG Sauer exemplarisch: Wenn du als Unternehmen die lokal unterschiedlichen Rahmenbedingungen und Vorteile nutzen willst, musst du dafür nicht einmal verschiedene Namen verwenden. Gleichzeitig bleibt es von aussen schwer, sich einen Überblick über die Verstrickungen und die damit einhergehenden Schweinereien zu machen. Das gilt übrigens nicht nur für das Geschäft mit den Waffen. Die Geschichte der SIG umfasst auch das Kapitel der Waggonproduktion, die viele Asbestopfer gefordert hat. Doch damit soll sich ein nächster Artikel beschäftigen.



LoRa 97.5 MHz

Sonntag

18 bis 20 Uhr

Immer am ersten

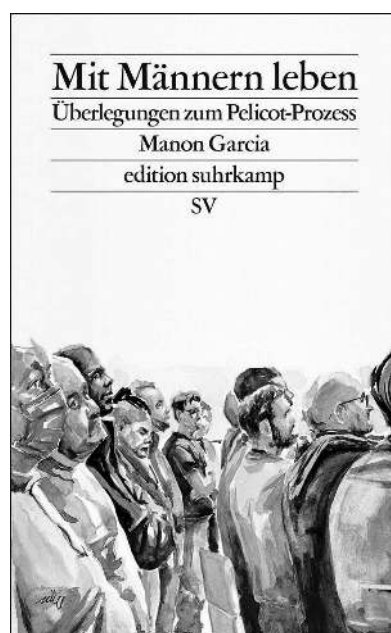
Sonntag des Monats

Wiederholungen

jeweils

donnerstags

10 bis 12 Uhr



BUCHTIPP

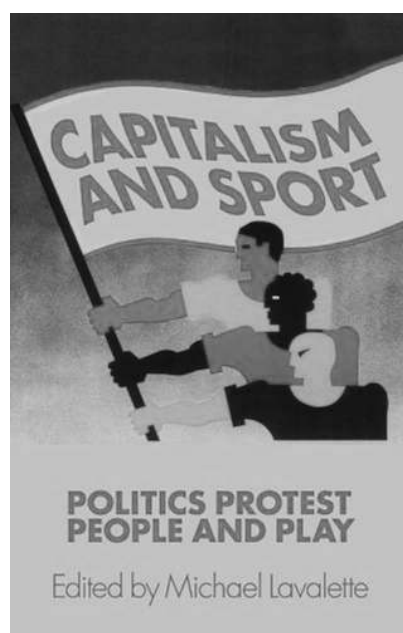
Manon Garcia: Mit Männern leben

(agfk) Das neueste Buch der französischen Philosophin Manon Garcia trägt den vielsagenden Titel «Mit Männern leben» und behandelt den Fall Pelicot, den daraus resultierenden Prozess und jene brennenden, ungemütlichen, strukturellen wie individuellen Fragen, die im Zusammenhang damit auftauchen. Zur Erinnerung: Der Fall Pelicot beschreibt eines der schockierendsten, öffentlich bekannt gewordenen Sexualverbrechen Frankreichs: Der Pensionär Dominique Pelicot hat seine Frau Gisèle Pelicot über fast ein Jahrzehnt hinweg heimlich mit Medikamenten betäubt und wiederholt vergewaltigt sowie über Online-Kontakte Dutzende fremder Männer in das gemeinsame Haus eingeladen, um die bewusstlose Gisèle zu vergewaltigen. Dominique Pelicot und 50 weitere Männer wurden 2024 in Avignon vor Gericht gestellt und zu Haftstrafen zwischen 3 und 20 Jahren verurteilt.

Manon Garcia nutzt diesen öffentlich verhandelten Fall als analytischen Brennpunkt, um grundlegende Strukturen männlicher Gewalt und weiblicher Unterordnung in ihrem Buch zu hinterfragen und sichtbar zu machen. Vor dem Hintergrund des Prozesses, den Garcia besuchte und dokumentierte, wirft sie die Frage auf, wie ein solches Verbrechen möglich ist, ohne dafür eine Antwort in der Versteigerung und Pathologisierung, Aussonderung und dem Othering der Täter zu suchen, wie es bis dahin so viele Medien und politische Kommentator:innen getan haben. Garcias Antwort lautet stattdessen: Taten wie jene in Avignon werden durch patriarchale Geschlechterverhältnisse ermöglicht, in denen Männern Verfügungsmacht über Frauenkörper und -leben zugestanden wird und Frauen zugleich auf Anpassung, Vertrauen und emotionale Hingabe getrimmt werden. Der Pelicot-Fall wird in Garcias Buch so zu einer Referenz für eine breitere Analyse dessen, was es heisst, als Frau «mit Männern zu leben» – in Partnerschaften, Familien und gesellschaftlichen Arrangements, die auf Ungleichheit beruhen.

In «Mit Männern leben» verbindet Garcia eine juristische Prozessanalyse mit feministischer Theorie und zeigt eindrücklich auf, dass sexuelle Gewalt kein Randphänomen ist, sondern im Kontinuum alltäglicher männlicher Ansprüche und normalisierter Grenzüberschreitungen steht. Garcia analysiert auch, wie ökonomische Abhängigkeit, emotionale Arbeit und gesellschaftliche Erwartungen dazu führen, dass Frauen sich in Beziehungen oft anpassen, zurücknehmen und männliche Bedürfnisse priorisieren. Liebe, Begehren und Zusammenleben erscheinen so nicht als freie Wahl, sondern als Praktiken, in denen patriarchale Herrschaft reproduziert wird – häufig unsichtbar und normalisiert.

«Mit Männern leben» ist ein kluges, politisch relevantes und streitbares Buch, das einen wichtigen Beitrag zur materialistischen und feministischen Analyse heterosexueller Geschlechterverhältnisse leistet. Aus einer dezidiert frauenkämpferischen Perspektive ist Garcias Ansatz besonders fruchtbar, weil sie nicht bei moralischen Appellen oder individualpsychologischen Erklärungen stehen bleibt, sondern Macht, Abhängigkeit und soziale Bedingungen in den Mittelpunkt rückt.



BUCHTIPP

Capitalism and Sport – Politics, Protest, People and Play

“Und hier spiegelt Sport einige Aspekte des Ethos des Kapitalismus wider: Individualismus, Wettbewerb, ‘survival oft he fittest’».

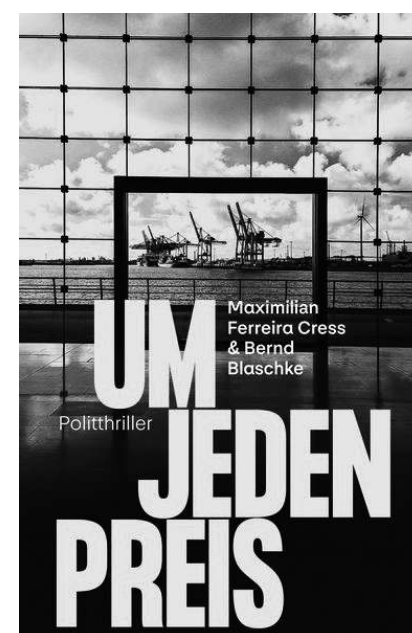
Die in sieben thematische Rubriken gegliederte Aufsatzsammlung bietet eine Annäherung an das Thema Sport und Politik, angefangen bei Auseinandersetzungen zu Sport in einer kapitalistischen Gesellschaft findet sich eine ganze Bandbreite von Herangehensweisen. Die Autor_innen beschäftigen sich mit den Auswirkungen von Globalisierung auf den Sport, mit Widerstandsgeschichten und Fehlschlägen oder nähern sich über Individuen, Clubs, Fanggemeinschaften oder Organisationen dem Thema an. Einige der Aufsätze üben viel Kritik, andere wiederum sehen Perspektiven im Sport für eine Gesellschaft nach dem Kapitalismus.

In der Einleitung wird analysiert, wie die Entstehung des modernen Sports mit der Entstehung des Kapitalismus einhergeht und inwiefern er ihm dient, die Maschinerie am laufen zu erhalten. Es wird versucht, sich an die Bedeutung von Sport in der Gesellschaft heranzutasten. Auch das letzte Kapitel – und einige dazwischen – versuchen sich an einer Analyse auf einer materialistischen Ebene, die man beim Thema Sport eher selten antrifft. Es sind willkommene Auseinandersetzungen, die zwei Seiten des modernen Sports sichtbar machen:

«(...) Sport und Spiele scheinen Einblick in ein freieres, weniger entfremdetes Leben zu bieten. Doch das ist natürlich nur ein Teil der Wahrheit. Es gibt auch eine andere, dunklere Seite des Sports. (...) Sport wird genutzt, um Sportler, Amateurspieler und Zuschauer auszubeuten und gleichzeitig multinationalen Konzernen und Sportorganisationen enorme Gewinne zu bescheren.“

Ein ganz anderer Ansatz wählt Estelle Cooch, die über die Geschichte des Fussballers Mahmoud Sarsak, Spieler des palästinensischen Nationalteams und nach seiner Verhaftung im Juli 2009 durch Israel im Hungerstreik, sich der Bedeutung von Sport im (antikolonialen) Widerstand annähert. Weitere Beispiele für die Bandbreite der Auseinandersetzungen sind: die Rolle des Dopings im Radsport, Fankultur und Gemeinschaft im Fussball oder im Cricket, Widerstandsbewegungen wie Anti-Rassismus Initiativen und konkrete Aktionen wie die Sabotage der Cricket Tour des weissen Südafrikanischen Cricket-Teams in England in den 1970er im Protest gegen das herrschende Apartheitsystem in Südafrika.

Gewiss, über einige der Aufsätze kann man sich aus einer kommunistischen Perspektive streiten. Der Hauptfokus liegt im englischsprachigen Raum, was eine Übersetzung in unsere gesellschaftlichen Verhältnisse nicht immer ganz einfach oder sinnvoll macht. Es überrascht auch nicht, dass die meisten der Autor_innen männliche Namen tragen. Nichtsdestotrotz ist «Capitalism and Sport» ein empfehlenswerter Einstieg ins Thema mit unterschiedlichen Ansätzen, was es für verschiedentlich Interessierte geeignet macht.



BUCHTIPP

Maximilian Ferreira Cress & Bernd Blaschke: Um jeden Preis

In diesem Politthriller geht es um eine Bullenfrau, die gegen einen ihrer Kollegen aussagt. Er hatte an einer Demo einen Demonstranten niedergeschlagen. Daraufhin wird sie als Verräterin geächtet. Später erfährt sie von geheimen Machenschaften des Bullen und wird mit reingezogen – der Bulle ist ein organisierter Rechtsextremer.

Gleichzeitig kommt die Journalistin Michelle ins Spiel. Sie ist zwar ein bisschen gesellschaftskritisch, jedoch eher auf der gemässigten Seite. Noch dazu hat sie einen bourgeoisen Verlobten. Als sie von ihrem Arbeitskollegen Hamza einen heissen Tipp kriegt, geht sie nur halbherzig der Sache nach. Dessen Recherchen zu einem Todesfall deuten darauf hin, dass es in der Hamburger Polizei ein rechtsextremes Netzwerk gibt. Er bittet Michelle um Mithilfe, doch sie ist skeptisch und hat Anderes im Kopf: Ein Buch schreiben über einflussreiche Frauen in Deutschland. Dann jedoch wird Hamza niedergeschossen und Michelle beginnt zu zweifeln. Wenn er doch recht hatte? Sie beginnt zu recherchieren und stösst schon bald auf Hinweise, die alles hinterfragen, worauf sie ihr eigenes komfortables Leben aufgebaut hatte.

Spannend von Anfang bis Schluss!

Radio Widerspruch



Immer am ersten Samstag im Monat geht die Sendung "Widerspruch" auf dem Winterthurer Radio Stadtfilter über den Äther (96.3.) bzw übers Kabel(107.35) oder Internet (www.stadtfilter.ch).

Zwischen 16.00 und 18.00 wird jeweils über ein aktuelles politisches Thema berichtet und diskutiert. Ein politisches Musikprogramm und Veranstaltungstipps runden die Sendung ab.

www.winterthur.aufbau.org

KUNST

Schlagt die Weissen mit dem roten Keil

El Lissitzkys ikonisches Bürgerkriegsplakat „Schlagt die Weissen mit dem roten Keil“ ist vielleicht das bekannteste Kunstwerk, das aus der Russischen Revolution hervorgegangen ist. Wir schauen uns die Entstehung an und wie das Kunstwerk das Wesen der Revolution einfängt und wie ein Bild wie dieses als Kunst gelten kann.

(gpw) Die Russische Revolution von 1917 brachte eine Welle künstlerischer Genialität hervor, die die Gesellschaft bis in seine Peripherie erschütterte. Zum ersten Mal in ihrem Leben standen den unterdrückten Massen Russlands die Türen zur Kunst und Kultur weit offen. Gleichzeitig schlossen sich die besten und klügsten russischen Künstler_innen der Revolution an.

Einer der bekanntesten dieser Künstler_innen war Eleasar Markowitsch Lissitzky, allgemein bekannt als El Lissitzky. Er war unter anderem Fotograf, Designer, Typograf und Architekt. El Lissitzky revolutionierte nahezu jedes künstlerische Feld, in dem er tätig war und nach der Oktoberrevolution bekannte er sich mit Herz und Seele zum Kommunismus. So grundlegend seine Beiträge in anderen Bereichen auch waren – das Werk, für das El Lissitzky heute am bekanntesten ist, ist sein Bürgerkriegsplakat «Schlagt die Weissen mit dem roten Keil», das zur Unterstützung des bolschewistischen Kampfes gegen die weissen reaktionären Armeen geschaffen wurde.

Heftiger Kampf

«Schlagt die Weissen mit dem roten Keil» ist eine Darstellung des revolutionären Prozesses in einer seiner intensivsten Phasen: dem Bürgerkrieg. Genau an diesem Punkt befand sich die Russische Revolution Ende 1919, als El Lissitzky das Kunstwerk vermutlich schuf. Die Intervention der Weltimperialisten – die Finanzierung, Bewaffnung und Versorgung der konterrevolutionären Kräfte – eröffnete ab März 1918 das Blutbad des Bürgerkriegs. «Schlagt die Weissen mit dem roten Keil» stellt diesen Prozess als internationalen Kampf zweier Seiten eindrücklich dar: Licht und Dunkelheit.

Wir sehen hier den Kampf der Revolution, links durch Helligkeit dargestellt, die die Konterrevolution überwindet, die rechts als Dunkelheit erscheint. Der rote Keil selbst symbolisiert die Speerspitze der Revolution – die Rote Armee unter Führung der Bolschewiki –, die die reaktionären weissen Armeen zerschmettert. Für das Auge des Kleinbürgertum gibt es darin weder Logik noch wissenschaftliche Rationalität. Doch El Lissitzky stellte kein Chaos dar. Der rote Keil drückt Klarheit, Einheit von Ziel und Handlung, Konsequenz und den Klassenkampf selbst aus, und zwar mit mathematischer Präzision. Die wesentlichste geschichtliche Absicht des Proletariats, ist der Klassenkampf gegen die Bourgeoisie, der revolutionäre Prozess und der Aufbau des Kommunismus. Die proletarische Kunst hat daher die Tendenz eine bestimmte revolutionäre Wirkung hervorzurufen. Dazu soll dem «schönen» Kunstwerk nicht etwa von aussen in einem subjektiven Akt quasi den «proletarischen Inhalt» eingehaucht werden, sondern im proletarischen Kunstwerk widerspiegelt sich das tiefste Wesen der jeweiligen gesellschaftlichen Wirklichkeit. Das heisst, die vom Kapital deformierte Lebensweise, Ausbeutung, Unterdrückung, imperialistischer Krieg usw., die Fülle der Widersprüche die diese Gesellschaft wesentlich bestimmen, ist der Stoff der proletarischen Ästhetik, insofern kann nur das proletarische Kunstwerk das wirkliche Kunstwerk werden.

Einen Keil treiben

Als Kunstwerk ist das Bild abstrakt, doch gerade die vereinfachten Formen verleihen ihm eine Klarheit. Mit

Ausnahme einiger kleiner Dreiecke und Rechtecke besteht die Komposition vollständig aus zweidimensionalen Formen und dennoch vermittelt sie Dynamik und Bewegung.

Die Form des roten Keils ist scharf und kraftvoll. Seine gesamte Energie ist in einer Spitze konzentriert, die in den trägen weissen Kreis eindringt. Kleinere rote Keile vermitteln die Bewegung des Eindringens und Zersplitterns der grauen Rechtecke. Auch der Text ordnet sich dieser Bewegung unter. Während kleinere Kontingente der Roten Armee im Hintergrund als geordnete Rechtecke erscheinen, werden die zusätzlichen Kräfte der weissen Armeen als chaotisch dargestellt, sobald sie auf die Roten treffen. Es geht um den Kampf zwischen den zwei entscheidenden Klassen der modernen Gesellschaft; der internationalen Arbeiter_innenklasse und den Kapitalist_innen aller Länder.

Die Bolschewiki nutzten ihr Programm geschickt, um einen Keil in die Armeen der Konterrevolution zu treiben und diese zwischen militärischer Führung und einfachen Soldaten zu spalten – von denen viele politisch für die Seite der Revolution gewonnen wurden. Von den 21 ausländischen Interventionsarmeen, die zur Niederschlagung der Revolution entsandt wurden, mussten fast alle aufgrund von Meutereien oder drohenden Aufständen in den eigenen Reihen wieder abgezogen werden. Der rote Keil wirkt also auch dadurch, dass er die weissen Armeen auch von innen heraus besiegt.

Die Wirkung des Oktobers

Der rote Keil ist ein Produkt des Suprematismus, einer Kunstrichtung, die El Lissitzkys Freund und Mentor Kasimir Malewitsch 1915 begründet hatte. Malewitsch schuf einige der ersten vollständig abstrakten Gemälde der Welt. Er lehnte die Nachahmung natürlicher Formen ab und forderte abstrakte geometrische Kompositionen in begrenzten Farben, um die «Vormachtstellung des reinen Gefühls in der schöpferischen Kunst» zu demonstrieren.

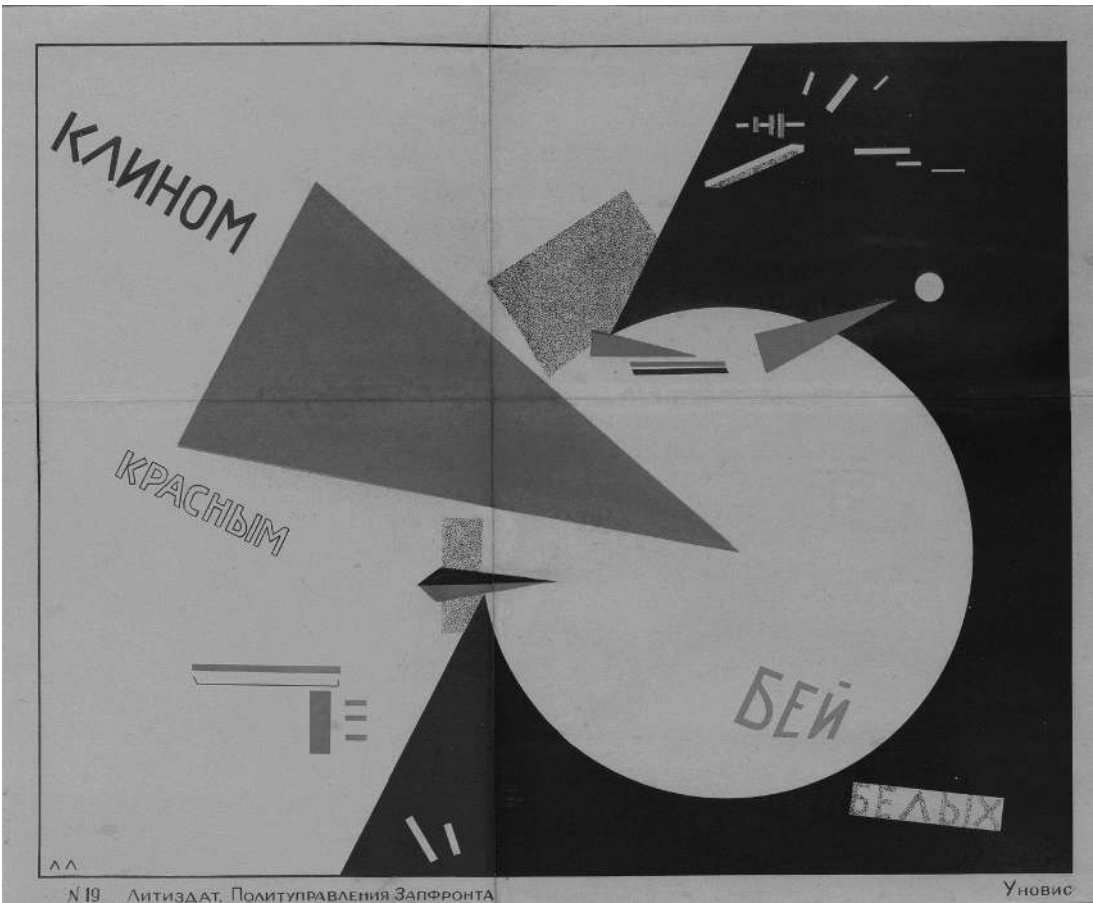
Malewitsch wies daraufhin, dass Kunst, die lediglich materielle Gegenstände realistisch abbildet, nicht automatisch grosse Kunst ist. Entscheidend seien die Gefühle, die ein

Kunstwerk im Menschen hervorruft. «Schlagt die Weissen mit dem roten Keil» war kein Gemälde für Galerien, sondern ein Massenplakat. Anders als Malewitschs Suche nach „reinem Gefühl“ zielte es bewusst darauf ab, ein konkretes Gefühl zu wecken: revolutionären Optimismus und Entschlossenheit der Arbeiter_innenklasse. Das Bild besitzt eine Verständlichkeit: Überall dort, wo eine unterdrückte Klasse um ihre Zukunft kämpft, kann es verstanden werden.

Ein Anstoss zum Handeln

Für den kommunistischen Künstler bestand kein Widerspruch zwischen Kunst und politischem Zweck. Er widmete sein gesamtes Schaffen der Revolution und dem Aufbau einer neuen Gesellschaft. Die proletarische Revolution war das, was ihn und die damaligen Künstler_innen inspirierte. Dennoch wird dies heutzutage oft verschwiegen, wenn Kunst von damaligen Revolutionär_innen in bürgerlichen Museen ausgestellt wird. Für das bürgerliche Museum muss Kunst «Kunst um der Kunst Willen» sein, insbesondere wenn sie kommunistisch ist. Denn in dieser Trennung wird Ästhetik nicht mehr als Teil der revolutionären Praxis sichtbar, sondern als etwas Abstraktes bestimmt, das jede Vermengung mit den täglichen Klassenkämpfen als Herabminderung des Ästhetischen ablehnt. Dem Proletariat wird letztlich jede Legitimität abgesprochen, den Klassenkampf «ästhetisch» zu führen. Das zementiert die affirmative (zustimmende) Funktion von Ästhetik in der bürgerlichen Kultur. Daher verläuft der Zugang zur proletarischen Kunst nicht über die Frage nach dem Verhältnis zwischen Kampfwert und Kunstwert, sondern über die Bestimmung ihres operativen (konkret anwendbaren) Charakters und ihrer emanzipatorischen Funktion, die durch die Praxis ihrer kollektiven Produktion (Herstellung), Distribution (Verteilung) und Rezeption (Aneignung) als Gegenmacht in die proletarische Gegenöffentlichkeit vermittelt wird.

Auch heute noch kann uns «Schlagt die Weissen mit dem roten Keil» inspirieren. Das Bild erinnert daran, dass Unterdrückte ihre Geschichte selbst in die Hand nehmen und die reaktionären Kräfte besiegen können. In einer Welt voller Leid und Chaos steht das Bild dafür, dass eine neue Welt möglich ist.



IMPRESSUM Herausgeberinnen: Revolutionärer Aufbau Zürich, Postfach 8663, 8036 Zürich / Revolutionärer Aufbau Basel, basel@aufbau.org / Revolutionärer Aufbau Winterthur, winterthur@aufbau.org
Redaktion (red): Revolutionärer Aufbau Basel (rabs), Revolutionärer Aufbau Winterthur (raw), Gruppe politischer Widerstand Zürich (gpw), Gruppe Arbeitskampf Zürich (az), Arbeitsgruppe Antifa Basel (agafts), Arbeitsgruppe Antifa Zürich (agaf), Arbeitsgruppe Klassenkampf Zürich (agkk), Arbeitsgruppe Frauenkampf (agfk), Frauenkampfkollektiv (fkk), Rote Hilfe International (rhi), Arbeitsgruppe Jugend Zürich (agi)

Redaktion und Vertrieb Schweiz: aufbau, Postfach 8663, 8036 Zürich,
Internet: www.aufbau.org, E-Mail: info@aufbau.org

ZENTREN DES REVOLUTIONÄREN AUFBAU Basel: Bläsiring 86 (Parterre), Öffnungszeiten auf Anfrage, E-Mail: basel@aufbau.org **Winterthur:** Grenzstrasse 38, E-Mail: winterthur@aufbau.org
Zürich: Meinrad-Lienertstrasse 15, im Aufbau-Vertrieb an der Kanonengasse 35 (Hinterhaus), jeden Samstag von 12 bis 17 Uhr

VERKAUFSTELLEN Schweiz: Kasama, Militärstrasse 87a, 8004 Zürich / Aufbau-Vertrieb, Kanonengasse 35, 8004 Zürich / Buch am Platz, Kirchplatz 2, 8400 Winterthur / Buchhandlung im Volkshaus, Stauffacherstrasse 60, 8026 Zürich 4 / Hirschmatt-Buchhandlung, Hirschmattstrasse 26, 6003 Luzern / Infoladen Romp, Steinenstrasse 17, 6000 Luzern / Buchhandlung Comedia, Katharinengasse 20, 9004 St.Gallen / Buchhandlung Waser, Rümelinsplatz 17, 4001 Basel / Paranoia City, Ankerstrasse 12, 8004 Zürich / Aufbau-Vertrieb, Bläsiring 86, 4007 Basel. **Deutschland:** Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 29357 Hamburg / Infocafé Gasparitsch, Rotenbergstraße 125, 70190 Stuttgart / Infoladen im Linken Zentrum, Böblingerstr. 105D – 70199 Stuttgart-Heslach / Buchladen Le Sabot, Breite Str. 76, 53111 Bonn / Infobüro, c/o Bücherkiste, Schlehengasse 6, 90402 Nürnberg / Buchladen Georgi Dimitroff, Speyerer Str. 23, 60327 Frankfurt / Basis Buchhandlung, Adalbertstr. 41–43, 80799 München / Buchladen M99, Manteuffelstr. 99, 10999 Berlin / Buchhandlung O21, Oranienstr. 21, 10999 Berlin.